

LAGEBERICHT und JAHRESABSCHLUSS
für das GESCHÄFTSJAHR vom
01. November 2024 bis 31. Oktober 2025

Lagebericht	3
<hr/>	
Allgemeines	3
Wirtschaftsbericht	4
Risikobericht	33
Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, Ausblick	39
Jahresabschluss	44
<hr/>	
Bilanz	44
Gewinn- und Verlustrechnung	46
Anhang	48
<hr/>	
Allgemeine Angaben	48
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva	52
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva	63
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	66
Sonstige Angaben	72
Organe	73
Kassenämter	74
Bestätigungsvermerk	75
Bericht des Aufsichtsrats	80
<hr/>	

Lagebericht

Allgemeines

Der Vorstand der Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG legt hiermit den Bericht über das Geschäftsjahr 2024/2025 mit der Bilanz zum 31.10.2025 sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.11.2024 bis 31.10.2025 vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 08.11.1994 (BGBl. I S. 3378), zuletzt geändert durch Artikel 69 des Gesetzes vom 07.08.2021 (BGBl. I S. 3436), in Verbindung mit den §§341ff. HGB (Ergänzende Vorschriften für Versicherungsunternehmen).

Die Pensionskasse der HypoVereinsbank mit Sitz in München ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit i.S.d. §210 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Sie ist im dortigen Register unter der Nummer 2144 eingetragen. Die Kasse ist somit eine regulierte Pensionskasse gemäß §233 Abs. 1 VAG.

Sie bezweckt als Einrichtung der betrieblichen Altersvorsorge gemäß §2 der Satzung, ihren persönlichen Mitgliedern und deren Hinterbliebenen nach Eintritt des Versicherungsfalles Rentenleistungen sowie deren berechtigten Hinterbliebenen nach Maßgabe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen Sterbegeld zu leisten. Seit dem 01.09.1998 betreibt sie auch die Rückdeckung der HVB Unterstützungskasse für alle Mitglieder, die zu diesem Stichtag in einem aktiven Mitarbeiterverhältnis zur Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG standen. Mit Urteil des Bundesfinanzhofes vom 03.07.2023 gilt die Pensionskasse aus diesem Grund als uneingeschränkt steuerpflichtig.

Die Pensionskasse ist seit dem 31.08.1998 für Neueintritte geschlossen. Die versicherten Personen der Kasse setzen sich zusammen aus den Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten der damaligen Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG sowie deren Hinterbliebenen und Mitgliedern aufgrund von familiengerichtlichen Entscheidungen.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte gemäß §177 Abs. 2 VAG sowie versicherungsfremde Geschäfte werden nicht getätigt.

Wirtschaftsbericht

Bestandsentwicklung

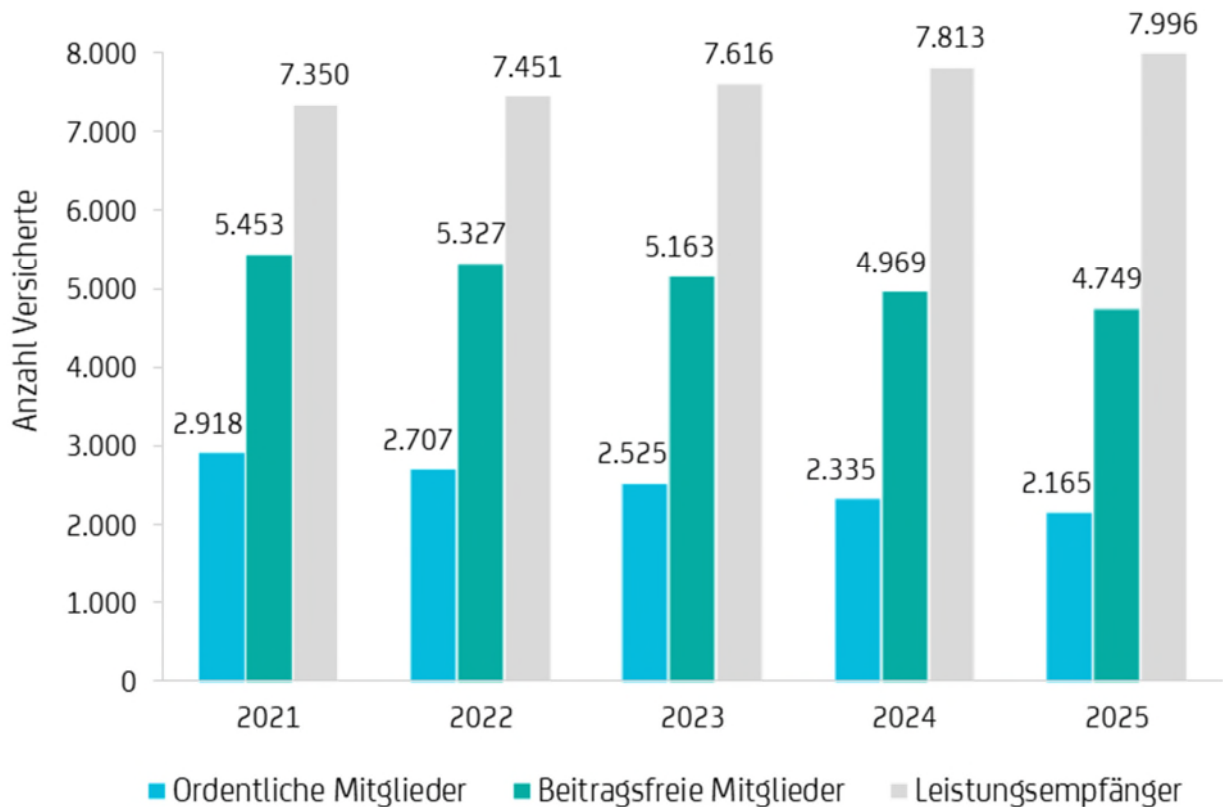
Zum 31.10.2025 waren bei der Kasse insgesamt 14.910 (i. Vj. 15.117) Anwärter und Rentner versichert.

Die Zahl der Anwärter (lt. Satzung ordentliche und beitragsfreie Mitglieder sowie Mitglieder aufgrund von familiengerichtlichen Entscheidungen) hat sich von 7.304 um 390 auf 6.914 Personen vermindert. Bei den männlichen Anwärtern ist eine Abnahme um 151 auf 2.249 Personen zu verzeichnen, was einem Anteil von 32,5% (i. Vj. 32,9%) entspricht. Die Zahl der weiblichen Anwärter verminderte sich um 239 auf 4.665 Personen; dies entspricht einem Anteil von 67,5% (i. Vj. 67,1%).

Die beitragszahlenden Anwärter der Pensionskasse, welche im Rahmen der Rückdeckung über die HVB Unterstützungskasse Beiträge entrichten, verringerten sich bei den männlichen Versicherten um 64 auf 772 Beitragszahler und bei den weiblichen Versicherten um 106 auf 1.393 Beitragszahler.

Der Gesamtbestand an Rentnern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 7.813 um 183 auf 7.996 Personen. Zum 31.10.2025 wurden im Versichertenbestand der Pensionskasse 3.185 (i. Vj. 3.155) männliche und 3.325 (i. Vj. 3.188) weibliche Alters- und Invalidenrentner/-innen sowie 1.486 (i. Vj. 1.470) Hinterbliebenenrentner/-innen gezählt.

Entwicklung des Versichertenbestandes der Pensionskasse



Zwischen den Versicherten des Rückdeckungsgeschäfts und der Direktversicherung besteht grundsätzlich Identität.

Die detaillierte Bestandsentwicklung der Pensionskasse in diesem Geschäftsjahr ist in den Abbildungen Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen des Geschäftsberichtes ersichtlich.

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen im Geschäftsjahr 2024/2025

	Anzahl der Versicherten	Versicherungssumme in Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	13.647	10.754.107
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. abgeschlossene Versicherungen	—	—
2. sonstiger Zugang	10	7.670
3. gesamter Zugang	10	7.670
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	224	171.808
2. Ablauf	—	—
3. Austrittsvergütung	8	6.136
4. sonstiger Abgang	1	767
5. gesamter Abgang	233	178.711
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	13.424	10.583.066
1. beitragsfreie Versicherungen	4.749	3.642.483
2. in Rückdeckung gegeben	—	—

Zusatzversicherungen, wie Unfall-Zusatzversicherungen und sonstige Zusatzversicherungen, bestehen bei der Pensionskasse nicht.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2024/2025

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		Summe der Jahresrenten in Euro	Hinterbliebenenrenten			Summe der Jahresrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl		Anzahl	Anzahl	Anzahl	in Euro	in Euro	in Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.400	4.904	3.155	3.188	30.653.434	1.145	232	93	2.544.633	418.448	92.171
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	—	—	145	226	2.581.875	80	22	4	214.510	47.826	4.601
2. Sonstiger Zugang	6	2	—	2	8.933	4	1	—	17.167	3.090	—
3. gesamter Zugang	6	2	145	228	2.590.808	84	23	4	231.677	50.916	4.601
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	9	9	115	91	702.179	73	9	—	118.275	14.611	—
2. Beginn der Altersrente	145	200									
3. Berufs-oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	—	26									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	—	—	—	—	—	—	1	12	—	2.310	14.098
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	3	5									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	—	—									
7. sonstiger Abgang	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. gesamter Abgang	157	241	115	91	702.179	73	10	12	118.275	16.921	14.098
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.249	4.665	3.185	3.325	32.542.063	1.156	245	85	2.658.035	452.443	82.674
1. beitragsfreie Anwartschaften	1.477	3.272									
2. in Rückdeckung gegeben	—	—									

Geschäftsverlauf

Beiträge

Die verdienten Beiträge aus dem Rückdeckungsgeschäft mit der HVB Unterstützungskasse betragen im Geschäftsjahr 2024/2025 insgesamt € 6,4 Mio. (i. Vj. € 6,9 Mio.). Zusätzlich hat das Trägerunternehmen UniCredit Bank GmbH einen Zusatzbeitrag in Höhe von € 1,4 Mio. (i. Vj. € 1,5 Mio.) geleistet. Nähere Angaben zur Zusammensetzung der Beiträge folgen im Anhang in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung unter Punkt 1. Verdiente Beiträge.

Versicherungsleistungen

Rentenzahlungen

Die Rentenleistungen zugunsten der Versicherten haben sich im Geschäftsjahr 2024/2025 insgesamt auf € 35,1 Mio. erhöht (i. Vj. € 33,0 Mio.). Dabei sind in der Direktversicherung die Leistungen um € 0,5 Mio. auf € 21,3 Mio. (i. Vj. € 20,8 Mio.) angewachsen und im Rückdeckungsgeschäft mit der HVB Unterstützungskasse um € 1,5 Mio. auf € 13,7 Mio. (i. Vj. € 12,2 Mio.) gestiegen. Von den Rentenleistungen im Rückdeckungsgeschäft entfallen € 7,6 Mio. auf den Grundtarif und € 6,1 Mio. auf den Individualtarif. Weitere Rentenleistungen in Höhe von € 49 Tsd. (i. Vj. € 41 Tsd.) wurden für vorangegangene Geschäftsjahre geleistet.

Der Grund für den Anstieg der Rentenzahlungen gegenüber dem Vorjahr ist die weiter gestiegene Anzahl an Leistungsempfängern sowohl bei der HVB Pensionskasse als auch im Rückdeckungsgeschäft mit der HVB Unterstützungskasse.

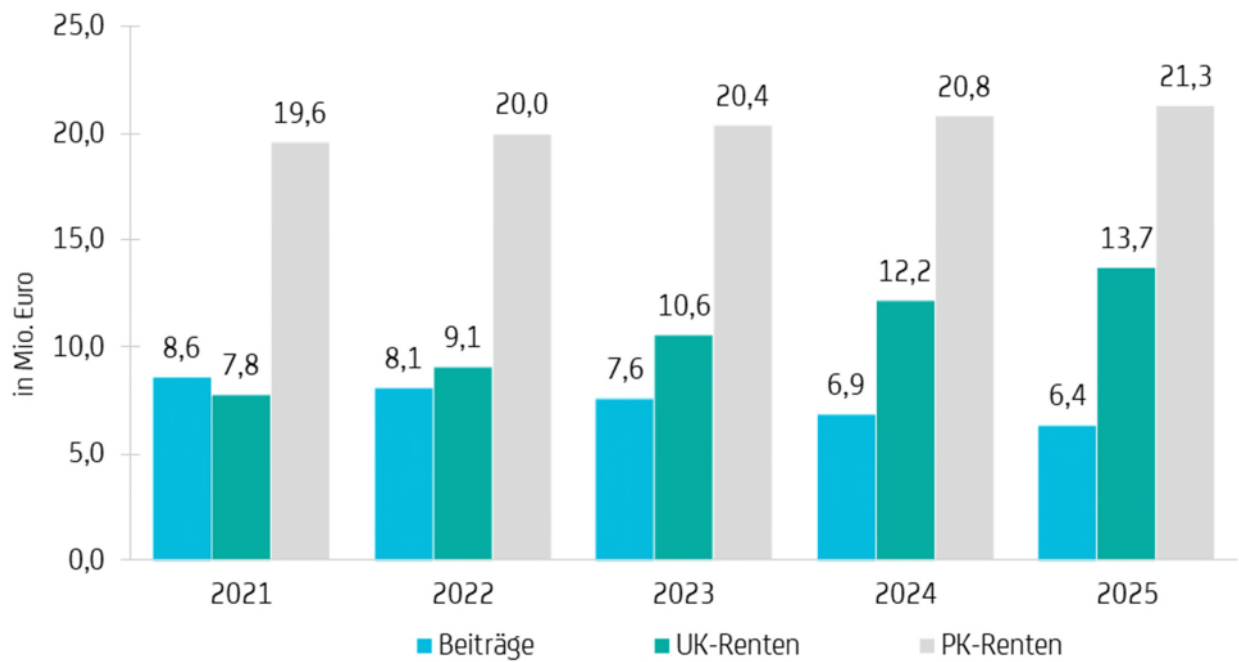
Sterbegeldleistungen

Die Summe aller im Geschäftsjahr 2024/2025 ausgezahlten Sterbegelder beläuft sich auf € 119 Tsd. (i. Vj. € 109 Tsd.).

Austrittsvergütungen

Im Geschäftsjahr 2024/2025 wurden Austrittsvergütungen in Höhe von € 39 Tsd. (i. Vj. € 32 Tsd.) gebucht. Hierbei handelt es sich um Abfindungen gemäß §13 Nr. 3 (Hinterbliebenenrenten) und §11 Nr. 3 (Kleinstanwartschaften) AVB. Daneben wurde ein Abfindungsbetrag von Unterstützungskassenanwartschaften aufgrund eines Betriebsübergangs gemäß §613a BGB in Höhe von € 47 Tsd. ausgezahlt.

Entwicklung der Beitrags- und Rentenzahlungen über die letzten fünf Geschäftsjahre



In der obigen Tabelle sind bei den ausgewiesenen Beiträgen gegebenenfalls geleistete Zusatzbeiträge des Trägerunternehmens nicht berücksichtigt.

Kapitalanlagen

Kapitalmarktentwicklung

Ende 2024 verlor die US-Volkswirtschaft an Fahrt: Im vierten Quartal stieg das BIP zum Vorquartal um annualisiert 2,3%. Im dritten Quartal hatte es noch um 3,1% zugelegt. Die US-Wirtschaft blieb aber insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt sehr solide. Die Zoll- und Abschiebungsdrohungen der neuen US-Regierung belasteten die Aussichten zunehmend, und die Unsicherheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen nahmen auch in den USA zu. Die Konjunktur im Euroraum blieb in 2024 mit einem Wachstum von rund 0,9% schwach. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland schrumpfte in 2024 um 0,5%. Die chinesische Wirtschaft ist 2024 nach offiziellen Angaben um 5,0% gewachsen. Damit wurde das selbst gesteckte Wachstumsziel erreicht. Chinas Exporte erholten sich 2024 deutlich, das Land kämpfte aber nach wie vor mit einer schwachen Inlandsnachfrage insbesondere beim Konsum und den Folgen der Immobilienkrise.

Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge betrug das globale Wirtschaftswachstum 3,3% im Jahr 2025 nach einem Zuwachs von ebenfalls 3,3% im Vorjahr. Damit konnte die Weltwirtschaft ihre Dynamik trotz höherer US-Zölle, Einschränkungen Chinas beim Export kritischer Mineralien und geopolitischer Unsicherheiten halten. Wichtige Gründe für die Stabilisierung waren das Vorziehen von Exporten in die USA vor den Zollerhöhungen, relativ robuste Arbeitsmärkte, steigende Realeinkommen sowie bessere Finanzierungsbedingungen aufgrund von Zinssenkungen der Federal Reserve und der EZB. Zudem wurde das globale Wachstum durch den Dienstleistungssektor gestützt, der weniger negativ von Protektionismus betroffen war als die exportabhängigere Industrie.

Die US-Wirtschaft konnte 2025 um rund 2,2% zulegen (2024: +2,8%; gemäß US Bureau of Economic Analysis (BEA)). Die US-Konjunktur erhielt insbesondere Rückenwind durch eine expansive Fiskalpolitik und steigende Unternehmensinvestitionen in den Bereichen Hochtechnologie und Künstlicher Intelligenz (KI). Aber auch die privaten Konsumausgaben konnten spürbar wachsen. Belastungen kamen hingegen vom Wohnungsbau. Die Federal Reserve senkte ihren Leitzins in drei Schritten um jeweils 25 Basispunkte, so dass sich das Zielband des US-Leitzinses zum Jahresende 2025 zwischen 3,50% und 3,75% befand.

Die chinesische Wirtschaft wuchs im Jahr 2025 um 5,0% (2024: ebenfalls +5,0%; gemäß National Bureau of Statistics of China). Eine schwache Bauwirtschaft und lediglich moderate Zuwächse bei den privaten Konsumausgaben dämpften das Wachstum. Der zollbedingte Rückgang der Exporte in

die USA konnte allerdings durch eine Steigerung der Ausfuhren in die restliche Welt, insbesondere nach Europa und in andere asiatische Länder, mehr als ausgeglichen werden.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaft um 1,5% im Jahr 2025 (2024: +0,8%; gemäß Eurostat). Besonders stark fiel das Wachstum in Spanien aus (+2,8%), während es in Frankreich (+0,9%) und in Italien (+0,7%) deutlich schwächer war. In Deutschland konnte die Wirtschaftsleistung geringfügig um 0,2% zulegen (laut Statistischem Bundesamt). Damit ist die Deutsche Wirtschaft nur knapp an einem dritten Rezessionsjahr vorbeigekommen.

Die Inflationsrate im Euroraum betrug 2,1% im Gesamtjahr 2025 (2024: 2,4%; gemäß Eurostat). Die EZB senkte ihren Leitzins (Depositenrate) im Jahresverlauf 2025 in vier Schritten um jeweils 25 Basispunkte auf 2,0%.

Der leichte Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung 2025 um 0,2% resultierte vor allem aus einem Anstieg der privaten und öffentlichen Konsumausgaben, während die Investitionstätigkeit der Unternehmen und die Exporte belasteten. Die Inflationsrate belief sich auf 2,2% im Jahresdurchschnitt 2025 nach ebenfalls 2,2% im Vorjahr (gemäß Statistischem Bundesamt). Der Arbeitsmarkt wies eine gespaltene Entwicklung auf. Während die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie schrumpfte, wurde in der restlichen Wirtschaft ein Beschäftigungsaufbau registriert.

Grundsätze der Anlagepolitik

Grundlage für die Kapitalanlage bilden die Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), der Anlageverordnung (AnlV) sowie der einschlägigen BaFin-Rundschreiben. Im Einklang mit §124 Abs. 1 VAG und §215 Abs. 1 VAG sind die Bestände des Sicherungsvermögens unter Berücksichtigung der Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte so anzulegen, dass Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität des Versicherungsunternehmens unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, insbesondere Maßnahmen der Risikosteuerung, geeignete interne Kapitalanlagegrundsätze und Kontrollverfahren, eine strategische und taktische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen gemäß §1 AnlV sind sicherzustellen. Die weiteren Vorgaben der Anlageverordnung sowie der entsprechenden Rundschreiben der BaFin zur Kapitalanlage sind einzuhalten.

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines nachhaltigen Ertrages nach Steuern, um die Verpflichtungen der Pensionskasse als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung gegenüber ihren Begünstigten sowie die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Versicherungsnehmern langfristig und jederzeit erfüllen zu können. Die Kapitalanlage hat in der Anlagepolitik die erwarteten Marktgegebenheiten sowie bilanzielle und regulatorische Vorgaben in die Ausrichtung einfließen zu lassen. Es ist notwendig, ein Rendite-/Risikoprofil herzuleiten, das die Art der Verpflichtungen hinsichtlich Höhe, Zeitpunkt, Laufzeit und Vorhersagbarkeit sowie die erforderliche Solvabilitätsspanne berücksichtigt. Dieses Rendite-/Risikoprofil sowie die bilanziellen und liquiditätsseitigen Anforderungen bilden neben den regulatorischen Anforderungen die Rahmenbedingungen für eine vorausschauende, zielführende Kapitalanlage. Da die Kasse unter Übernahme von Invaliditäts- und Langlebighkeitsrisiken ausschließlich Leistungen für Invaliditäts- und Altersrenten entsprechend den Regularien der Satzung und der Allgemeinen Versicherungsbedingungen erbringt (Ausnahme: Hinterbliebenenrenten sowie Sterbegeldleistungen), ist die Kapitalanlage langfristig – jedoch unter Berücksichtigung bilanzieller Vorgaben – ausgerichtet.

Den weit überwiegenden Teil der Kapitalanlagen verwalten Asset Manager, welche die von den Vereinten Nationen geförderten Principles for Responsible Investment (UN PRI) unterzeichnet haben. Diese Asset Manager berücksichtigen ökologische und soziale Risiken sowie die Unternehmensführung betreffende Risiken (Nachhaltigkeitsrisiken) in ihrer Investitionspolitik und ihrem Investmentprozess. Ergänzend werden zum einen Unternehmen, die gegen bestimmte Kriterien, Normen oder Konventionen grundsätzlich verstoßen, ausgeschlossen. Hier gelten zunächst

die Ausschlusskriterien der Kapitalverwaltungsgesellschaft. Darüber hinaus können über die Anlagerichtlinien weitere Ausschlusskriterien definiert werden. Die Kasse selbst integriert bei ihrer Risikobetrachtung der Anlagen den Aspekt der Nachhaltigkeitsrisiken in die jeweiligen Risikokategorien. Es ist das Ziel der Kasse, mit dem Trägerunternehmen ein gemeinsames Verständnis zu Nachhaltigkeitsrisiken auszuarbeiten und in ihrer Anlagepolitik umzusetzen. Die Einschätzung von Nachhaltigkeitsrisiken ist ein fortlaufender, sich verstärkender Prozess und wird in den kommenden Jahren konsequent weiterentwickelt werden.

Grundsätzlich stehen der Kasse alle Investitionsmöglichkeiten offen, die in der Anlageverordnung und den entsprechenden Rundschreiben der BaFin definiert sind, soweit die entsprechenden Anforderungen an die Anlage umgesetzt und eingehalten werden können. Dabei können die Investitionen sowohl intern als auch über die Vergabe externer Verwaltungsmandate erfolgen. Die Vorgaben und Bestimmungen zu den einzelnen Anlageklassen und Finanzinstrumenten werden in speziellen Richtlinien geregelt.

Im Berichtszeitraum hat ein externer Berater eine Asset Liability Management-Studie (ALM-Studie) durchgeführt, die über den bisherigen Schwerpunkt der strategischen Asset Allokation hinaus auch eine Untersuchung der Verpflichtungsstruktur beinhaltet und auf einen langfristigen Zeithorizont von zehn Jahren ausgelegt ist. Diese Analyse und strategischen Empfehlungen bilden die Basis der anlagepolitischen Entscheidungen. Das Sicherungsvermögen ist überwiegend in mehreren dem deutschen Recht unterliegenden Wertpapierspezialfonds angelegt. Diese sind größtenteils segmentiert in einen größeren Buy and Maintain- sowie in einen kleineren Total Return-Teil. Die Fonds enthalten überwiegend Anleihen mit hoher Duration und guter Bonität um den Rechnungszins zu erwirtschaften und unter Nutzung der Bilanzierungsmöglichkeiten den handelsrechtlichen Ertrag dieser Anlagen zu sichern.

Die Kasse verfolgt weiterhin den Ansatz einer breiten Diversifizierung, um unterschiedliche Risikoarten und damit unterschiedliche Ertragsmöglichkeiten langfristig zu nutzen. Damit geht bei einem Teil der Anlagen auch ein gewisser Grad an Illiquidität mit einher, was aber angesichts der langfristigen Ausrichtung der Kassenanlagen und der hohen Investition in liquide Anlagen tolerierbar ist. Da es sich bei der Pensionskasse um eine geschlossene Kasse handelt, wird an einem Deinvestitionsplan für illiquide Anlagen gearbeitet. Es gibt aktuell noch keinen formellen Deinvestitionsplan, die bestehenden Annahmen basieren auf den Informationen seitens der Assetmanager und sind entsprechend in der 15-Jahresprognose verarbeitet. Dies stellt eine angemessene Vorkehrung dar. Die Diversifizierung beinhaltet nicht nur eine Diversifizierung über Anlageklassen hinweg, sondern auch über Managementstile.

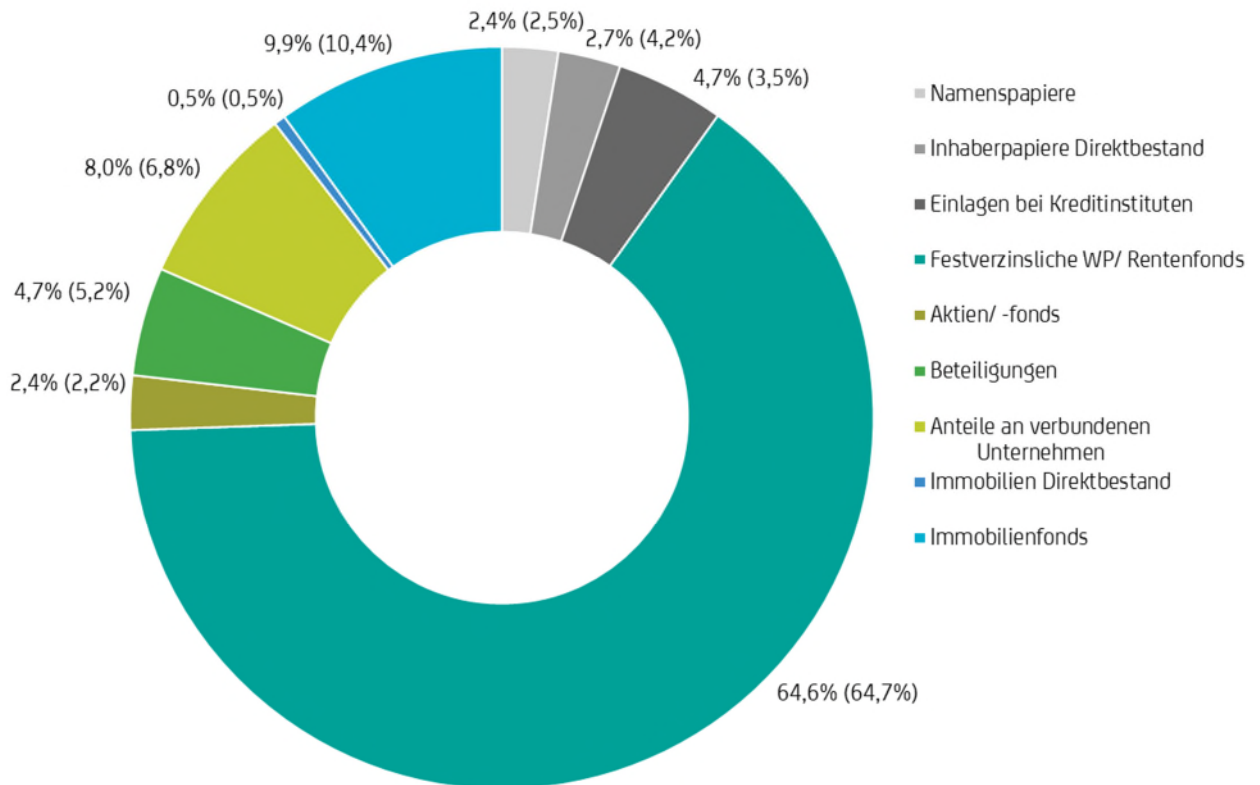
Ein dem Anlageziel und den Rahmenbedingungen entsprechendes Zielfortfolio wird jeweils für das Folgejahr erstellt. Durch Marktbewegungen können sich Abweichungen ergeben. Es erfolgt keine laufende Nachjustierung. Eingriffe sind jedoch jederzeit möglich, insbesondere zur Sicherstellung der gewünschten Allokationen bzw. Einhaltung von regulatorischen oder internen Vorgaben (z.B. Mischung und Streuung).

In der Risikostrategie wird der Umgang mit den Risiken der Kasse festgelegt. Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden wesentlichen Risiken werden bezüglich ihres Einflusses auf die Vermögens- und Ertragslage dargestellt und daraus Maßnahmen für den Umgang mit den Risiken entwickelt. Für Risiken, die als nicht wesentlich eingestuft werden, werden angemessene Vorkehrungen getroffen. Die Geschäftsleitung ist verantwortlich für die Festlegung, Umsetzung, Beurteilung und Anpassung der Risikostrategie. Die Risikostrategie wird einmal pro Jahr vom Vorstand überarbeitet und gegebenenfalls angepasst. Die Kasse hat ihr Risikomanagementsystem darauf ausgerichtet, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kontrollieren und darüber zu berichten. Für die verschiedenen Risikokategorien werden die einzelnen Risiken von den jeweils zuständigen Risikoverantwortlichen erfasst, bewertet und hinsichtlich ihrer Ursache und Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben. Die Risikostrategie der Pensionskasse geht von der Grundposition aus, dass das der Pensionskasse zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial auf Geschäftsjahressicht mindestens dem vorhandenen Gesamtrisiko der Pensionskasse entspricht. Vom Vorstand werden die Risikobereitschaft sowie die Wesentlichkeitsgrenzen für alle Einzelrisiken definiert und dokumentiert. Neben den quantitativen Zielen beinhalten die risikopolitischen Grundsätze der Gesellschaft auch qualitative Elemente, die nicht direkt quantifizierbar sind.

Die derzeitige Anlagepolitik sieht, entsprechend auch den Vorgaben der Anlageverordnung, eine überwiegende Anlage in Rententitel unterschiedlicher Emittenten und meist sehr guter Bonität vor, ergänzt um Anlagen in Immobilien, Aktien, Unternehmensbeteiligungen sowie Anlagen bei Kreditinstituten. Eine Anpassung der Anlagepolitik erfolgt entsprechend der Änderungen der jeweiligen Rahmenbedingungen (beispielsweise bilanzieller oder regulatorischer Art) beziehungsweise des hergeleiteten Rendite-/Risikoprofils. Die Überwachung der einzelnen Mandate erfolgt im Rahmen der jeweiligen Berichterstattung sowie der internen monatlichen Anlageergebnisübersicht. Die Anlagepolitik wird grundsätzlich jährlich zum Geschäftsjahresende überprüft bzw. ad-hoc bei wesentlichen Veränderungen.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen in der Pensionskasse ist im Berichtsjahr um € 23,2 Mio. auf € 1.147,2 Mio. (i. Vj. € 1.123,9 Mio.) gestiegen. Die Struktur der Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag 31.10.2025 (Vorjahreswerte in Klammern) sieht wie folgt aus:



Immobilien

Mit dem Rindermarkt 14 befindet sich zum Bilanzstichtag eine gewerblich genutzte Immobilie im Direktbestand der Kasse, welche in der Münchner Innenstadt gelegen ist. Mit dem im Jahr 2018 fertiggestellten Neubau hat die Kasse ein Gebäude errichtet, welches zukünftigen Anforderungen entspricht und durch die, verglichen mit dem abgerissenen Gebäude, vergrößerte vermietbare Fläche auch deutlich höhere Erträge generiert. Mit der kaufmännischen Verwaltung dieses Objekts ist die AICentro GmbH beauftragt.

Der Buchwert der Immobilie beträgt zum Bilanzstichtag € 5,7 Mio. und macht 0,5% der Kapitalanlagen der Kasse aus. Im Berichtsjahr wurde die planmäßige Abschreibung in Höhe von € 0,1 Mio. gebucht.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Zur anteiligen Hebung der stillen Reserven im Immobilienbesitz hat die Pensionskasse im Jahr 2021 zwei vermögensverwaltende Grundstücksgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG gegründet, an denen sie am Vermögen und am Ertrag direkt oder indirekt jeweils zu 100% als Kommanditistin beteiligt ist. Durch die Einbringung in eine Grundstücksgesellschaft können die Reserven im KAUFINGER TOR realisiert werden, ohne dass die Kasse das Objekt am freien Markt veräußern müsste oder ein externer Dritter zu beteiligen wäre. Das KAUFINGER TOR verbleibt somit auch nach der Übertragung in die Grundstücksgesellschaft über die beiden Beteiligungen noch im alleinigen wirtschaftlichen Eigentum der Pensionskasse.

In einem ersten Schritt wurde hierzu die Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG gegründet und das KAUFINGER TOR mit Wirkung zum 01.08.2021 als Einlage zum Buchwert eingebracht. In einem zweiten Schritt wurde die Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet, welche bei der Hebung stiller Reserven zum Ende des jeweiligen Geschäftsjahres Anteile an der ersten Gesellschaft zum Marktwert erworben hat.

Um den Zusatzaufwand für die aktuelle Rechnungszinsabsenkung zu finanzieren, wurden im Berichtsjahr stille Reserven in Höhe von ca. € 14,6 Mio. (i. Vj. erfolgte keine Hebung stiller Reserven über das KAUFINGER TOR) gehoben.

Das im Berichtsjahr in Auftrag gegebene Wertgutachten für die Immobilie KAUFINGER TOR mit Stichtag 30.06.2025 führte zu einem erneuten Rückgang des Marktwertes des bewerteten Objekts. Ebenso führte dies zu einem Rückgang des Wertes der Beteiligung der Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft an der Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft als auch des Wertes der Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft selbst. Dieser Markwertrückgang wurde jedoch überkompensiert durch die seit Ende 2023 in der Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft thesaurierten Erträge, was letztendlich zu einem Anstieg des Wertes dieser Kommanditbeteiligung geführt hat und aus diesem Grund eine Zuschreibung in Höhe von € 0,8 Mio. (i. Vj. Abschreibung in Höhe von € 2,3 Mio.) vorgenommen werden konnte.

Die Buchwerte der beiden Beteiligungen betragen zum Geschäftsjahresende insgesamt € 92,0 Mio. und machen 8,0% der Kapitalanlagen der Kasse aus.

Mit der kaufmännischen Verwaltung sowie der Geschäftsführung der beiden Gesellschaften wurde jeweils die KGAL Investment Management GmbH & Co. KG beauftragt.

Beteiligungen

Durch die Beimischung von Unternehmensbeteiligungen, die ca. 4,7% der Kapitalanlagen ausmachen, soll die Effizienz eines traditionellen Portfolios bestehend aus Aktien, Renten und Immobilien verbessert werden. Speziell die i.d.R. geringeren Korrelationen mit diesen traditionellen Anlagen lassen in Zeiten von volatilen Kapitalmärkten solche Beteiligungen unter Diversifikationsgesichtspunkten für Investoren attraktiv erscheinen. Dabei findet auch innerhalb der Anlageklasse der Beteiligungen eine Diversifizierung über verschiedene Segmente statt, um eventuell auftretende Risiken in einer Klasse zu minimieren.

Den größten Anteil innerhalb der Anlageklasse Beteiligungen nimmt das Segment „Erneuerbare Energien“ ein. Die Pensionskasse hat mit dem European Solar Power Fund und dem European Sustainable Power Fund zwei Erneuerbare Energien-Portfolios im Bestand, welche in Photovoltaikanlagen und Windparks in mehreren europäischen Ländern investieren und von einem spezialisierten Asset Manager für einen Kreis von Altersvorsorgeeinrichtungen verwaltet werden. Darüber hinaus besteht mit dem GRF Feeder Fund (Namensänderung der Gesellschaft, ehemals Green Return Feeder Fund) eine weitere Beteiligung an einem Erneuerbare Energien-Portfolio, welches in Windparks innerhalb Deutschlands investiert ist. Es erfolgen bei allen drei Portfolios planmäßige Rückführungen von Eigenkapital durch die jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften. Insgesamt wurden für die drei Beteiligungen im Berichtsjahr insgesamt € 1,6 Mio. (i. Vj. € 1,0 Mio.) an Eigenkapital an die Kasse zurückgeführt. Zum Bilanzstichtag betragen die Buchwerte der Erneuerbare Energien-Beteiligungen insgesamt € 30,9 Mio. (i. Vj. € 32,5 Mio.).

Den zweitgrößten Anteil innerhalb dieser Anlageklasse nimmt die seit dem Geschäftsjahr 2021/2022 im Kapitalanlagenbestand der Kasse befindliche Beteiligung an einem global investierenden Private Equity-Dachfonds ein. Dessen Investitionen erfolgen hauptsächlich in europäische Small- und Mid-Cap Buyout-Fonds. Die Investmentstrategie zeichnet sich durch operative Wertschöpfung und langfristiges Wachstum aus. Letzteres soll durch Internationalisierung, Innovation und Erschließung neuer Märkte generiert werden. Die Zugänge bei dieser Beteiligung betragen im Berichtsjahr insgesamt € 2,4 Mio. (i. Vj. € 4,3 Mio.). Daneben wurden unterjährige Kapitalrückführungen in Höhe von € 1,3 Mio. (i. Vj. € 1,0 Mio.) seitens des Asset Managers vorgenommen. Der Buchwert dieser Beteiligung beträgt zum Ende des Geschäftsjahres € 15,2 Mio. (i. Vj. € 14,1 Mio.).

Den nächstgrößten Anteil innerhalb dieser Anlageklasse nehmen die „Flugzeugportfolios“ ein. Die Pensionskasse ist am KGAL Aviation Portfolio Fund 1 und am KGAL APF 3 beteiligt. Anlageziel der

beiden Fonds ist das Verwalten eines Flugzeugportfolios mit stabilen Ausschüttungen. Jeder dieser Fonds hat hierzu ein diversifiziertes Portfolio mit marktgängigen Passagierflugzeugen führender Hersteller aufgebaut und vermietet diese Flugzeuge weltweit an verschiedene Fluggesellschaften. Beide Flugzeugportfolien sind voll investiert und bei beiden Investments erfolgen planmäßige Rückführungen von Eigenkapital. Die Eigenkapitalrückführungen bei diesen beiden Portfolien betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt € 4,2 Mio. (i. Vj. € 1,4 Mio.). Im Zuge der Eigenkapitalrückführungen sind beim Aviation Portfolio Fund 1 Erträge aus Abgang in Höhe von € 14 Tsd. (i. Vj. € 65 Tsd.) entstanden. Durch die weiter verbesserte wirtschaftliche Situation bei beiden Flugzeugportfolien sind deren jeweilige Marktwerte während des Berichtsjahres weiter gestiegen. Aus diesem Grund konnte beim Aviation Portfolio Fund 1 eine Zuschreibung in Höhe von € 40 Tsd. (i. Vj. Zuschreibung bei beiden Flugzeugportfolien in Höhe von € 0,4 Mio.) vorgenommen werden, womit die seit dem Krisenjahr 2020 durchgeführten Abschreibungen auch bei dieser Beteiligung vollständig wieder aufgeholt wurden. Zum Bilanzstichtag betragen die Buchwerte der beiden Flugzeug-Portfolien insgesamt € 8,0 Mio. (i. Vj. € 12,1 Mio.).

Das letzte Segment innerhalb dieser Anlageklasse ist die „Wohnimmobilienentwicklung“. Die Pensionskasse ist aktuell noch an der PROJECT Vier Metropolen II GmbH & Co. KG beteiligt, deren Dienstleister im Geschäftsjahr 2022/2023 insolvent wurde. Der Investitionsschwerpunkt lag auf der Finanzierung des Neubaus von Wohnimmobilien für Eigennutzer in wachstumsstarken deutschen Metropolregionen. Eigenkapitalrückführungen sind auf Grund der Insolvenz während des Berichtsjahres, wie auch schon im vorangegangenen Geschäftsjahr, nicht erfolgt und sind auch nicht mehr zu erwarten. Diese Beteiligung steht aktuell mit einem Erinnerungswert von € 1,00 (i. Vj. € 1) in der Bilanz.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der größte Teil der Kapitalanlagen ist mit € 882,2 Mio. (i. Vj. € 868,1 Mio.) in unter der Bilanzposition „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ angelegt. Der Anteil dieser Position an den Kapitalanlagen der Pensionskasse beträgt zum 31.10.2025 insgesamt 76,9%.

Die Kasse ist in drei gemischte Wertpapier-Spezialfonds mit jeweils einem Buy and Maintain-Segment und einem Total Return-Segment sowie einem weiteren gemischten Wertpapier-Spezialfonds und einen Renten-Spezialfonds investiert, bei denen sie jeweils der einzige Investor ist. Daneben befindet sich ein weiterer Renten-Spezialfonds mit vergleichsweise niedrigem Volumen und Anteile an einem Aktien-Publikumsfonds im Kapitalanlagebestand der Kasse.

Zugänge entstanden bei den Investmentanteilen durch die quartalsweise Wiederanlage der im Geschäftsjahr 2024/2025 erfolgten unterjährigen Ausschüttungen aus den Wertpapier-Spezialfonds in Höhe von insgesamt € 17,1 Mio. Daraus entfallen auf den HPK1 (ehemals MEAG SP 15) € 4,1 Mio., auf den HYPEKASPEZIAL (HPK2) € 4,9 Mio., auf den HPK3 (ehemals UIN-Fonds Nr. 632) € 3,5 Mio., auf den HPK4 (ehemals UIN-Fonds Nr. 1089) € 2,9 Mio. und auf den HVB PK 25+ Spezial-AIF € 1,6 Mio.

Bei vier der Investmentfonds, dem HYPEKASPEZIAL (HPK2), dem HPK1 (ehemals MEAG SP 15), dem HPK3 (ehemals UIN-Fonds Nr.632) und dem HVB PK 25+ Spezial-AIF bestanden aufgrund des verhältnismäßig hohen Zinsniveaus stille Lasten zum Geschäftsjahresende. Um einen, trotz Zuordnung dieser Fonds zum Anlagevermögen, möglichen Abschreibungsbedarf zu identifizieren, musste bei diesen beiden segmentierten Fonds eine Durchschau auf die einzelnen Segmente vorgenommen werden, um deren beizulegende Zeitwerte zu ermitteln. Die Total Return-Segmente wurden dabei mit ihrem Marktwert als beizulegendem Zeitwert zum Stichtag angesetzt. Diese Segmente wiesen auch nach Ausschüttung am Bilanzstichtag noch stille Reserven aus. Die beizulegenden Zeitwerte der Buy and Maintain-Segmente wurden durch eine Einzelbewertung der darin enthaltenen Anleihen und Vermögenswerte ermittelt und anschließend den Buchwerten der Segmente gegenübergestellt. Hier ergab sich bei dem Wertpapierfonds UIN-Fonds Nr.632 ein Abschreibungsbedarf in Höhe von € 0,8 Mio., da der beizulegende Zeitwert des Buy & Maintain-Segments niedriger als dessen Buchwert zu bewerten war. Bei den weiterhin vorhandenen stillen Lasten in den mit langlaufenden Anleihen ausgestatteten Buy & Maintain-Segmenten wird nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen, welche sich im Zeitablauf bis zur Endfälligkeit der jeweiligen Anleihen wieder abbauen wird.

Das Gesamtvolumen der Wertpapierfonds beträgt zum Bilanzstichtag € 768,1 Mio. (i. Vj. € 751,8 Mio.) und macht 67,0% der Kapitalanlagen der Kasse aus.

Die Pensionskasse ist darüber hinaus in vier Immobilien-Spezialfonds investiert. Zwei dieser Fonds (PK Patrizia GRF II und KGAL/HI Wohnen Core 2) investieren hauptsächlich in hochwertige Wohnimmobilien in Metropolregionen innerhalb Deutschlands. Die beiden anderen Fonds (MEAG German SuperStores und LIP Real Estate Investment Fund – Logistics Germany) investieren in Einzelhandels- bzw. Logistikimmobilien an Standorten, die in Deutschland langfristig für gewerbliche Mieter attraktiv sind. Durch eine solche Diversifizierung stellt der aktuelle Bestand der Immobilien-Spezialfonds insgesamt eine ausgewogene Mischung aus Wohnimmobilien und gewerblich genutzten Flächen dar und sollte auch in Zukunft weiterhin stabile Ausschüttungen generieren. Im Mai 2025 wurde mit der Deinvestition bei dem Immobilien-Spezialfonds MEAG German SuperStores begonnen und eine erste Tranche an diesem Fonds in Höhe von € 1,9 Mio. an einen anderen Investor übertragen, wobei ein Gewinn aus Abgang in Höhe von € 28 Tsd. erzielt wurde. Der Buchwert des Fonds beträgt nach dieser Anteilscheinübertragung zum Geschäftsjahresende € 35,9 Mio. (i. Vj. € 37,8 Mio.).

Durch die Zuordnung zum Umlaufvermögen war bei dem Immobilienfonds PK Patrizia GRF II eine Abschreibung in Höhe von € 0,3 Mio. auf den niedrigeren Marktwert zum Bilanzstichtag erforderlich. Der Buchwert dieses Fonds beträgt nach der Abschreibung € 45,4 Mio.

Das Gesamtvolumen beträgt bei den Immobilienfonds € 114,1 Mio. (i. Vj. € 116,4 Mio.) und macht 9,9% der Kapitalanlagen der Kasse aus.

Direktbestand Rentenpapiere

Im Direktbestand der Pensionskasse befinden sich zum Bilanzstichtag an festverzinslichen Wertpapieren und Schuldtiteln sieben Inhaberschuldverschreibungen, zwei Namenspfandbriefe sowie drei Namensschuldverschreibungen. Das Gesamtvolumen an festverzinslichen Wertpapieren und Schuldtiteln beträgt zum Bilanzstichtag € 59,2 Mio. (i. Vj. 75,3 Mio.) und macht 5,1% der Kapitalanlagen der Kasse aus. Die Nominalwerte der Papiere im Direktbestand betragen zum selben Stichtag insgesamt € 60,0 Mio. (i. Vj. € 75,0 Mio.).

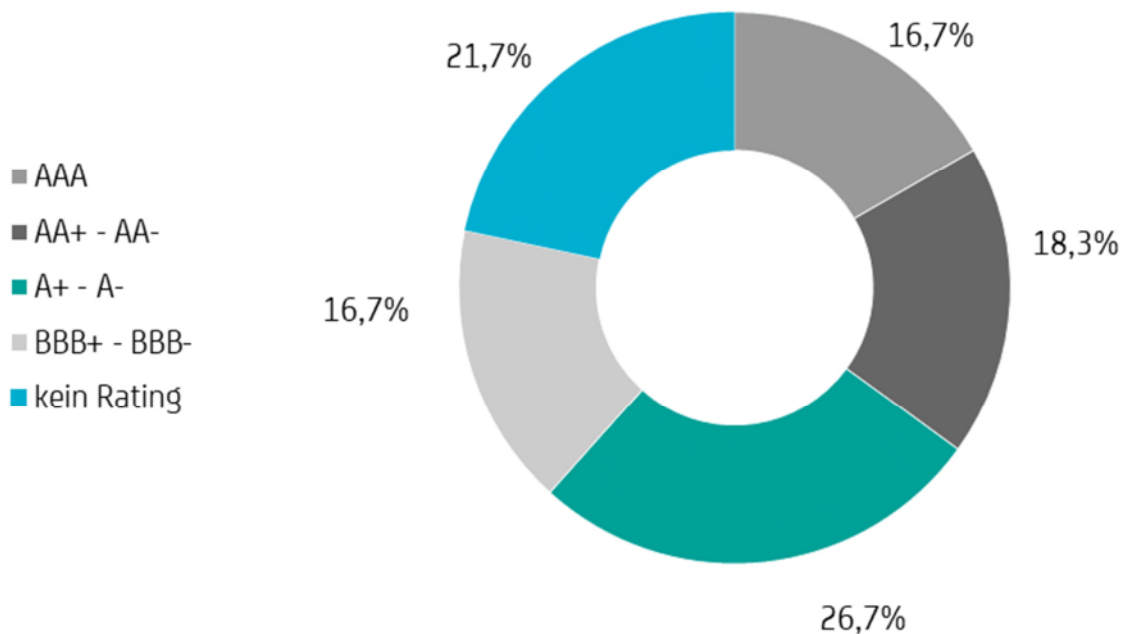
Der Schwerpunkt bei den Rentenpapieren im Direktbestand liegt nach wie vor bei den Inhaberschuldverschreibungen mit einem Gesamtvolumen von € 31,2 Mio. (i. Vj. € 47,3 Mio.). Abgänge entstanden bei den Inhaberschuldverschreibungen im Januar 2025 durch die Endfälligkeit einer Staatsanleihe, welche zum Nominalwert (€ 5,0 Mio.) zurückgezahlt wurde und wodurch ein Gewinn aus Abgang in Höhe von € 60 Tsd. entstanden ist. Die Fälligkeit wurde zeitnah durch die Reinvestition des zurückgezahlten Betrages in eine weitere Staatsanleihe mit einem Buchwert von € 5,7 Mio. (Nominalwert € 6,0 Mio.) ersetzt. Zum Ende des Geschäftsjahres wurden zur Risikominimierung und einer geplanten Diversifikation drei weitere Staatsanleihen mit einem Buchwert von insgesamt € 16,9 Mio. veräußert wodurch ein Gewinn aus Abgang in Höhe von € 2,9 Mio. erzielt wurde. Wegen gestiegener Marktwerte konnten zum Geschäftsjahresende kleine Zuschreibungen bei zwei Unternehmensanleihen in Höhe von insgesamt € 18 Tsd. vorgenommen werden. Zum Geschäftsjahresende beträgt der Anteil der Inhaberpapiere an den Kapitalanlagen 2,7%.

Im Bestand der Namenspapiere gab es im Berichtsjahr keine Änderungen. Der Anteil der Namenspapiere am gesamten Kapitalanlagenbestand der Kasse beträgt zum Bilanzstichtag 2,4%.

Zu- und Abschreibungen sowie Gewinne und Verluste aus Abgang waren während des Geschäftsjahres im Bestand der Namenspapiere keine zu verzeichnen.

Zum Geschäftsjahresende befanden sich im Direktbestand der Pensionskasse neben einem Pfandbrief und einer Namensschuldverschreibung, jeweils ohne Rating, nur Titel, die als Investment Grade zu klassifizieren sind.

Die Aufteilung der festverzinslichen Wertpapiere und Namenspapiere auf die einzelnen Ratingklassen, bezogen auf ihre Nennwerte, sieht wie folgt aus:



Der Durchschnittskupon lag mit 3,28% (i. Vj. 3,28%) bei den Namenspapieren und mit 3,32% (i. Vj. 4,05%) bei den Inhaberpapieren, der Durchschnittskupon des gesamten Direktbestandes lag bei 3,30% (i. Vj. 3,77%) zum Bilanzstichtag über dem aktuellen Rechnungszins der Pensionskasse.

Einlagen bei Kreditinstituten

Zum Bilanzstichtag waren bei der Pensionskasse auf dem unverzinsten Kontokorrentkonto des Sicherungsvermögens liquide Mittel in Höhe von € 22,7 Mio. (i. Vj. € 17,6 Mio.) vorhanden (gebuchte Beträge). Zusätzlich hat die Kasse zum Bilanzstichtag je ein Festgeldkonto für das Sicherungsvermögen und das freie Vermögen im Kapitalanlagenbestand. Auf diesen beiden Festgeldkonten ist ein Betrag in Höhe von zusammen € 31,3 Mio. (i. Vj. € 21,8 Mio.) mit kurzer Laufzeit verzinslich angelegt. Bereits während des Geschäftsjahres hat die Kasse monatlich kurzfristig freie Liquidität angelegt, um zusätzliche Erträge zu generieren. Der Anteil der liquiden Mittel an den Kapitalanlagen der Kasse beträgt zum Geschäftsjahresende ca. 4,7%.

Stille Reserven/Reservequote

Die Reservequote bei den Kapitalanlagen der Pensionskasse liegt bei 9,3% und wird überwiegend von den stillen Reserven in den Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie in der Immobilie Rindermarkt 14 getragen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Bewertungsreserven der Kasse um € 20,4 Mio. auf € 107,0 Mio. (i. Vj. € 127,4 Mio.) gesunken.

Nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten als institutioneller Anleger

Die Pensionskasse ist im Sinne der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor gemäß Artikel 2 Abs. 1c) als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung als „Finanzmarktteilnehmer“ klassifiziert.

Gemäß Artikel 2 Abs. 12 IV) wird ein „Altersvorsorgeprodukt“ als „Finanzprodukt“ eingeordnet.

Daraus ergibt sich die grundsätzliche Verpflichtung, bezüglich der Offenlegungsverordnung Angaben zu diversen Punkten zu machen.

Für die nachfolgenden vier Abschnitte gilt: im Rahmen der Jahresabschlussprüfung besteht nur eine formelle, aber keine inhaltliche Prüfungspflicht dieser Angaben seitens des Jahresabschlussprüfers.

Transparenz bei den Strategien für den Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken (Artikel 3 Abs. 1)

Die weit überwiegende Mehrheit der für die Pensionskasse tätigen externen Asset Manager haben sich bereits zur Einhaltung der „Principles for Responsible Investment“ der Vereinten Nationen verpflichtet. Nachhaltigkeitskriterien aus den Bereichen Ökologie, Soziales und Gute Unternehmensführung werden hier in den Analyse- und Entscheidungsprozess integriert und bei der Verwaltung der Kapitalanlagen systematisch umgesetzt.

Die Asset Manager der vier volumenstärksten Wertpapiermandate berücksichtigen jeweils ihre ausgearbeiteten Kriterien und Vorgaben, ergänzt um Vorgaben des Investors, um im Ergebnis ein gegenüber den herkömmlichen Benchmarks als nachhaltiger zu bewertendes Portfolio zusammenzustellen. Hierbei werden zum einen kritische Unternehmen, Sektoren oder Staaten ausgeschlossen, zum anderen auch als nachhaltiger eingestufte Investments bevorzugt. Die Asset Manager treten bei Bedarf in den Dialog mit einzelnen Unternehmen, um auf eine Verbesserung von deren spezifischer Situation hinzuarbeiten.

Bei den bereits voll investierten Immobilienfonds untersuchen die Asset Manager die jeweiligen Objekte auf Optimierungsmöglichkeiten unter ökologischen Gesichtspunkten. Wird die Zukunftsfähigkeit eines Objektes aufgrund seiner Lage oder einer nicht mehr an die entsprechenden Anforderungen anzupassenden Ausstattung in Zweifel gezogen, ist in den Anlageausschüssen auch über eine Deinvestition und eine Neuinvestition in ein ESG-kompatibleres Objekt (Environmental,

Social and Corporate Governance oder kurz ESG; englisch für: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) zu diskutieren.

Zusätzliche Risiko- und Renditeerwägungen sind in diesen Investmentprozessen weiterhin nicht zu vernachlässigen. Der Pensionskasse ist jedoch bewusst, dass die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei Investitionen an den Kapitalmärkten weiter an Bedeutung gewinnen wird um im allgemeinen Interesse die herausfordernden Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und die angestrebte Klimaneutralität erreichen zu können. Dieser Prozess soll dem Rahmen und der Möglichkeiten der Pensionskasse entsprechend aktiv mit begleitet werden. Mit Investitionen in Beteiligungen an Erneuerbare Energien-Portfolien (Photovoltaik-Anlagen und Windparks) leistet die Pensionskasse bereits seit 2009 einen Beitrag zur Stromerzeugung unter Vermeidung von schädlichen CO₂-Emissionen.

Nachhaltigkeitsrisiken sieht die Pensionskasse nicht als einzelne Risikoart an, sondern als Risiken, die sich in den anderen Risiken materialisieren können. Sie sind daher in der Risikobeurteilung der jeweiligen Risiken mit zu berücksichtigen. Ergänzend hierzu erklären wir gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.06.2020 („Taxonomie-Verordnung“), dass die den angebotenen Tarifen zugrunde liegenden Investitionen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen.

Transparenz nachteiliger Nachhaltigkeitsauswirkungen (Artikel 4, Abs. 1b bzw. Artikel 7, Abs. 2)

Nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren werden aus Gründen der Proportionalität nicht berücksichtigt. Zur Feststellung der nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen müssten darüber hinaus entsprechende Daten in ausreichendem Umfang und vergleichbarer Qualität vorliegen. Diese Anforderung ist jedoch am Markt derzeit nicht erfüllt.

Transparenz der Vergütungspolitik im Zusammenhang mit der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken (Artikel 5)

Folgewirkungen der Anlagepolitik, beispielsweise Anreize zur Übernahme oder Vermeidung von Risiken, u.a. der geschilderte Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken, finden keinen Eingang in eine Vergütungspolitik, da die Kasse keine Vergütungspolitik formuliert hat. Die Pensionskasse als solche beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter und die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats beziehen für Ihre Tätigkeiten von der Kasse keine Vergütungen.

Mitwirkungspolitik und Abstimmungsverhalten als institutioneller Anleger (ARUG II)

Die Pensionskasse ist als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung im Sinne von §134a Abs. 1 Nr. 1c) Aktiengesetz (AktG) i.V.m. §232ff. VAG ein institutioneller Anleger und daher grundsätzlich verpflichtet, gemäß §134b Abs. 1 AktG eine Mitwirkungspolitik zu veröffentlichen, gemäß §134b Abs. 2 AktG jährlich über die Umsetzung der Mitwirkungspolitik zu berichten, sowie gemäß §134b Abs. 3 AktG ihr Abstimmverhalten zu veröffentlichen. Die Ausübung der Aktionärsrechte erfolgt durch die Kapitalanlagegesellschaft, die mit der Verwaltung der Fonds beauftragt ist, da diese gemäß §93 Abs. 1 KAGB berechtigt ist, im eigenen Namen über die zu dem Sondervermögen der KVG gehörenden Gegenstände, und somit auch über die dort verbuchten Aktien, zu verfügen und alle Rechte aus ihnen auszuüben. Im Fall der HVB Pensionskasse ist das die Amundi Deutschland GmbH. Die Pensionskasse übt daher keine eigenen Aktionärsrechte aus.

Grundsätzlich nimmt die Pensionskasse keinen Einfluss auf die Auswahl von Einzeltiteln in den von ihr gehaltenen Sondervermögen und nimmt auch keinen Einfluss auf das Abstimmverhalten der Kapitalverwaltungsgesellschaft. Die Entscheidung über das Abstimmverhalten obliegt ausschließlich den Kapitalverwaltungsgesellschaften. Aus diesem Grund wird hiermit gemäß §134b Abs. 4 AktG erklärt, dass die oben genannten Vorgaben gemäß §134b Abs. 1-3 AktG nicht erfüllt werden. Die Kapitalverwaltungsgesellschaften, die für die Pensionskasse entsprechende Vermögen verwalten, veröffentlichen auf ihren Internetseiten die diesbezüglich regulatorisch vorgeschriebenen Informationen.

Die Pensionskasse ist als institutioneller Anleger außerdem gemäß §134c Abs. 1-3 AktG verpflichtet, folgendes offenzulegen:

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines nachhaltigen Ertrages, um die Verpflichtungen der Pensionskasse als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung gegenüber ihren Begünstigten sowie die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Versicherungsnehmern langfristig und jederzeit erfüllen zu können. Die Strategische Asset Allokation (SAA) wird entsprechend des aktuellen Kapitalmarktumfeldes auf der Grundlage einer jährlichen Asset-Liability-Management Studie auf dieses Ziel hin ausgerichtet, unter Beachtung der regulatorischen Vorgaben und der internen Risikovorgaben.

Die Anlage des Sicherungsvermögens erfolgt überwiegend in festverzinslichen Wertpapieren, als auch in Immobilien, Aktien, Private Equity und Infrastruktur. Die Zins- und Dividendeneinnahmen sowie Kursveränderungen der Kapitalanlagen sollen sicherstellen, dass langfristig ein angemessener Ertrag erwirtschaftet werden kann, der über dem Rechnungszins liegt. Die

Anlagestrategie trägt dem jeweiligen Kapitalmarktumfeld Rechnung und erfolgt unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken. Insbesondere berücksichtigt die Strategische Asset Allokation die Art und Dauer der Altersversorgungsleistungen.

Das Sicherungsvermögen ist sowohl über die Assetklassen als auch innerhalb jeder Assetklasse diversifiziert. Es steht jeweils ausreichend Liquidität zur Erfüllung der Versorgungsleistungen zur Verfügung.

Vermögensverwalter, die mit einem Wertpapiermandat für die Pensionskasse als alleinigen Anteilscheininhaber beauftragt sind, agieren innerhalb eines bestimmten Anlageuniversums und unter definierten Risikovorgaben, um das Kapitalanlageziel der Kasse zu erreichen. Weitere spezialisierte Investmentvermögen dienen als ergänzende, diversifizierende Anlagebausteine.

Zur Handhabung der Mitwirkungspolitik wird auf die Ausführungen gemäß §134b AktG verwiesen. Mit den Vermögensverwaltern, die für uns als alleinigen Anteilscheininhaber beauftragt sind, sind Vorgaben zur Wertpapierleihe geregelt, ein unmittelbares Wertpapierleihe-Geschäft wird von der Pensionskasse nicht durchgeführt.

Die Vergütungsstruktur setzt keine Anreize zu kurzfristigen oder risikointensiven Anlageentscheidungen und unterstützt die langfristige Ausrichtung der Kapitalanlage. Die mit den Vermögensverwaltern vereinbarte marktgängige Vergütung besteht in nahezu allen Mandaten und Fonds aus einem festen Promillesatz bezogen auf das jeweils verwaltete Volumen. Performanceabhängige Vergütungsbestandteile kommen ggf. nur bei einzelnen, klar abgegrenzten Anlagen (z. B. bestimmten Fonds/Beteiligungen) zur Anwendung und nehmen gemessen am Gesamtanlagenvolumen lediglich einen sehr geringen Umfang ein.

Transaktionskosten fallen in marktüblicher Höhe – entweder als Stückpreis pro Transaktion oder volumensabhängig – an.

Die Pensionskasse gewährleistet, dass die Vergütung der Vermögensverwalter, die Methoden der Performance-Bewertung sowie die Überwachung von Portfolioumsatz und -kosten im Einklang mit einer langfristig orientierten und risikoarmen Kapitalanlagestrategie stehen. Die Vergütungsstruktur setzt keine Anreize für übermäßigen Handel oder kurzfristige Ertragsoptimierung. Die Performance wird auf Basis mehrjähriger Bewertungszeiträume beurteilt, und der Portfolioumsatz wird gemäß den strategischen Anlagerichtlinien überwacht.

Eine Befristung der Mandate ist nicht vereinbart; es bestehen jedoch kurzfristige Kündigungsmöglichkeiten.

Kapitalanlagen-Ergebnis

Die Bruttoerträge aus den Kapitalanlagen betragen im Geschäftsjahr 2024/2025 € 51,2 Mio. (i. Vj. € 70,3 Mio.). Davon entfielen auf Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken € 1,1 Mio. (i. Vj. € 1,1 Mio.), auf Erträge aus Beteiligungen € 4,5 Mio. (i. Vj. € 3,8 Mio.) sowie auf Erträge aus anderen Kapitalanlagen € 27,1 Mio. (i. Vj. € 44,3 Mio.). Die Erträge aus Zuschreibungen betragen in diesem Berichtsjahr € 0,9 Mio. (i. Vj. € 3,4 Mio.). Die Erträge der Investmentanteile der Pensionskasse sind in den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen mit einem Wert von € 23,4 Mio. (i. Vj. € 40,7 Mio.) enthalten. Darüber hinaus entstanden im abgelaufenen Geschäftsjahr Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von € 17,6 Mio. (i. Vj. € 17,6 Mio.).

Die Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf € 0,1 Mio. (i. Vj. € 0,2 Mio.) und entfielen zu einem großen Teil auf die Aufwendungen für die Immobilie Rindermarkt 14. Die restlichen Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen entfielen größtenteils auf die Kosten für die Rechtsberatung.

Abschreibungen auf Kapitalanlagen waren im Berichtsjahr in Höhe von € 1,2 Mio. (i. Vj. € 5,0 Mio.) vorzunehmen. Davon entfielen € 0,1 Mio. (i. Vj. € 0,1 Mio.) auf die planmäßige Abschreibung der Immobilien und € 1,1 Mio. (i. Vj. € 4,9 Mio.) auf die Abschreibung eines Buy & Maintain-Segments bei einem Investmentfonds sowie eines Immobilienfonds auf dessen Marktwert zum Geschäftsjahresende.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr keine zu verzeichnen.

Die Gesamtaufwendungen für die Kapitalanlagen belaufen sich im Berichtsjahr demnach auf insgesamt € 1,3 Mio. (i. Vj. € 5,2 Mio.).

Die Kasse erzielte somit im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Nettoergebnis aus den Kapitalanlagen in Höhe von € 49,9 Mio. (i. Vj. € 65,1 Mio.) ohne Berücksichtigung von angefallener Kapitalertragsteuer.

Das im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr geringere Nettoergebnis aus den Kapitalanlagen lässt sich im Wesentlichen auf die niedrigeren Ausschüttungen aus den Wertpapierfonds sowie aus den Immobilienfonds zurückführen. Insgesamt gesehen lagen die Erträge aus den Investmentanteilen um fast 50% unter dem Niveau des vorangegangenen

Geschäftsjahres. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich insbesondere daraus, dass sich die Kasse im vorherigen Geschäftsjahr aus den segmentierten Fonds auch die in vorangegangenen Jahren aufgelaufenen ordentlichen Erträge hat ausschütten lassen. Diese standen im Berichtsjahr dementsprechend nicht mehr für eine Ausschüttung zur Verfügung. Es wurden die jeweiligen ordentlichen Erträge des Geschäftsjahres 2024/2025 ausgeschüttet.

Bei den Erträgen aus Beteiligungen und den Anteilen aus verbundenen Unternehmen gab es dagegen gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg zu verzeichnen welcher auf gestiegene Gewinnausschüttungen aus der KAUFINGER TOR Grundstücksgesellschaft zurückzuführen ist. Die Ausschüttungen aus den übrigen Beteiligungen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr etwas geringer ausgefallen als im Vorjahr. Dies liegt im Wesentlichen an den weiter zurückgegangenen Ausschüttungen aus den Erneuerbare Energien-Portfolien, welche jedoch zu einem großen Teil durch die gestiegenen Ausschüttungen aus dem Private Equity-Fonds kompensiert wurden.

Die Zinseinnahmen aus den festverzinslichen Wertpapieren lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht unter dem Niveau der Vorjahreszahlen. Des Weiteren hat die Kasse durch die unterjährige Anlage von freier Liquidität als Festgelder mit relativ kurzer Laufzeit Zinserträge erwirtschaftet, welche gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten.

Durch die inflationsbedingte Anpassung der Miethöhe für die Geschäftsräume im Rindermarkt 14 konnten die Erträge aus dieser Immobilie gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden, bei gleichzeitigem Rückgang der Aufwendungen, was insgesamt zu einem höheren Nettoergebnis geführt hat.

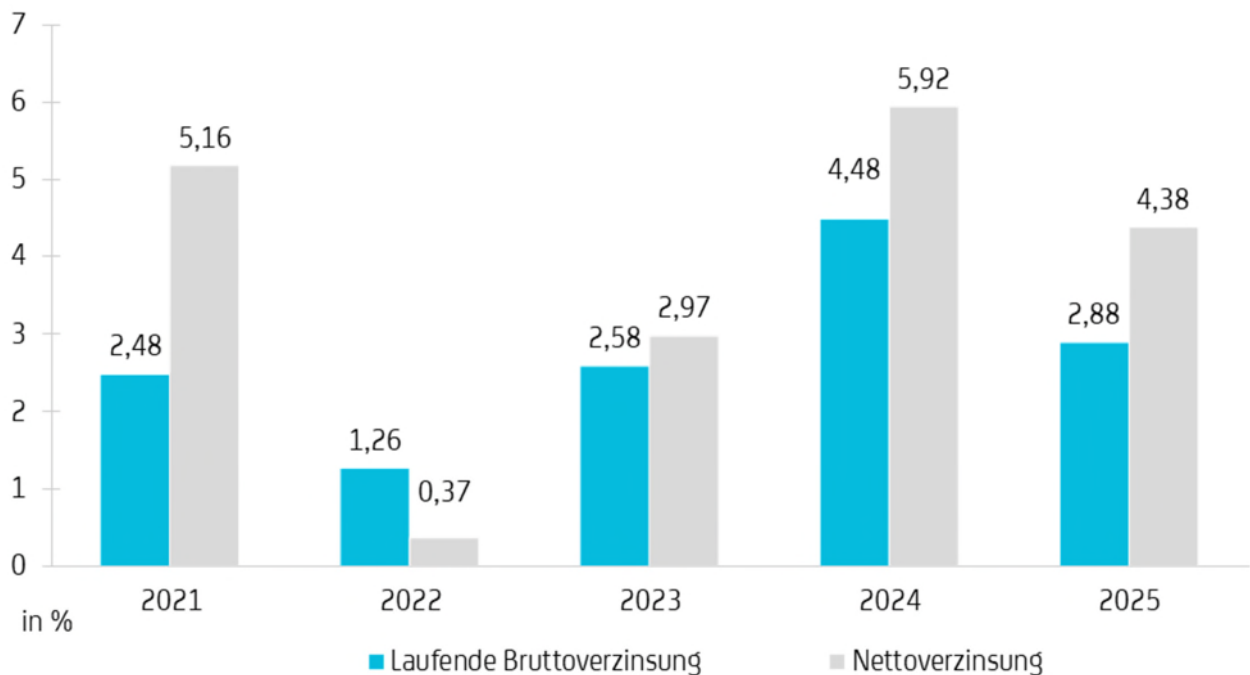
Die Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen stammen weit überwiegend aus der Hebung der stillen Reserven der Immobilie KAUFINGER TOR und zu einem kleineren Teil aus der Veräußerung von drei Staatsanleihen aus dem Direktbestand der festverzinslichen Wertpapiere.

Die Erträge aus Zuschreibungen lagen dagegen unterhalb des Vorjahresniveaus und stammen im Wesentlichen aus der Zuschreibung bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen und zu einem kleinen Teil aus der Zuschreibung bei einer Kommanditbeteiligung auf die fortgeführten Anschaffungskosten.

Kapitalanlagen-Rendite

Die Laufende Bruttoverzinsung der Kapitalanlagen lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 2,88% (i. Vj. 4,48%). Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Zuschreibungen sowie die Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen bleiben bei dieser Methode der Berechnung der Durchschnittsverzinsung unberücksichtigt. Werden diese Erträge und Aufwendungen mit einbezogen, ergibt sich eine Nettoverzinsung von 4,38% (i. Vj. 5,92%).

Entwicklung der laufenden Bruttoverzinsung sowie der Nettoverzinsung



Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2024/2025 schloss mit einem Überschuss in Höhe von € 797.687,78 (i. Vj. € 5.756.841,79). Dieser Jahresüberschuss wurde satzungsgemäß in die Verlustrücklage eingestellt.

Solvabilität/Verlustrücklage

§18 Ziffer 2 der Satzung bestimmt, dass zur Deckung von Fehlbeträgen eine Verlustrücklage einzustellen ist, welche der Erfüllung der gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen dient.

Die aus dem Geschäftsjahr 2023/2024 übernommene Verlustrücklage betrug € 34.203.698,66. Da das Geschäftsergebnis der Kasse im Berichtsjahr ausreichend war, um den erforderlichen Rechnungszins zuzüglich des durch die Absenkung des Rechnungszinses von 3,25% auf 2,75% erforderlichen Mehraufwands bei der Zuführung zur Deckungsrückstellung zu erwirtschaften, konnte der Verlustrücklage am Geschäftsjahresende darüber hinaus ein Betrag in Höhe von € 797.687,78 zugeführt werden. Zum Bilanzstichtag beträgt die Höhe der Verlustrücklage somit € 35.001.386,44. Dieser Betrag steht als sogenannte explizite Eigenmittel zur Bedeckung der gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen zur Verfügung.

Die Solvabilitätsspanne, welche durch §234g Abs. 2 S. 1 sowie §235 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VAG i.V.m. §9 Abs. 1 und §17 Abs. 1 der Kapitalausstattungs-Verordnung vom 18.04.2016 (BGBl. I S. 795), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 10 des Gesetzes vom 19.12.2018 (BGBl. I S. 2672), definiert ist, beträgt zum 31.10.2025 laut aktuarieller Berechnung € 47.218.763,87 und wird zusätzlich zu den expliziten Eigenmitteln mit impliziten Eigenmitteln bedeckt.

Die impliziten Eigenmittel stammen aus stillen Reserven in Anteilen an verbundenen Unternehmen. Diese Eigenmittel können gemäß §214 Abs. 1 Nr. 8c VAG i.V.m. §234g Abs. 3 VAG auf Antrag und mit Genehmigung der BaFin für ein Jahr als sogenannte Eigenmittel B zur Erfüllung der Solvabilitätsvorschriften angerechnet werden. Die hierzu erforderliche Genehmigung seitens der BaFin zur Anrechnung von € 30.000.000,00 als implizite Eigenmittel wurde am 13.01.2026 schriftlich erteilt. Damit erfüllt die Pensionskasse die seit 01.01.2008 geltenden aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen für Versicherungsunternehmen sowie für Pensions- und Sterbekassen.

Risikobericht

Risikomanagement

§23 VAG begründet die Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation. Eine Voraussetzung dafür ist eine ordnungsgemäße Verwaltung und Buchhaltung sowie ein angemessenes Risikomanagement. Das Risikomanagement umfasst eine Risikostrategie, die auf das Unternehmen angepasst ist, eine laufende Überwachung der Abläufe und ein internes Steuerungs- und Kontrollsystem. Dieses interne Steuerungs- und Kontrollsystem besteht aus einem Risikotragfähigkeitskonzept, eigens darauf abgestimmten Prozessen und einem Risikobericht. Konkretisiert werden die Anforderungen durch die §§26 – 31 VAG, soweit die einzelnen Bestimmungen in diesen Paragraphen für die Kasse Gültigkeit besitzen. Die Anforderungen seitens des Versicherungsaufsichtsgesetzes werden von der Pensionskasse entsprechend ihrer Größe und des Umfangs ihres Geschäftes erfüllt. Risikopolitische Grundsätze, Aufbauorganisation und Risikomanagementprozess sind im Risikohandbuch der Pensionskasse festgelegt. Der Risikomanagementprozess beinhaltet dabei die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung dieser Aktivitäten.

Die Einhaltung der Anforderungen aus den BaFin Rundschreiben zur Solvabilität von Versicherungsunternehmen (R 5/2021), zum Berichts- und Meldewesen der Vermögensanlagen (Sammelverfügung vom 19.03.2025), zu den Kapitalanlagen von Versicherern (R 11/2017) und zum Sicherungsvermögen (R 7/2016) bzw. Treuhänder (R 3/2016) wird EDV- technisch unterstützt. Somit lassen sich etwaige Risiken in den investierten Anlageklassen der Kapitalanlagen leichter und frühzeitiger identifizieren und entsprechende Sicherungsmaßnahmen einleiten.

Die jährlich durchzuführende Revision der Kapitalanlage gemäß §30 VAG im September und Oktober 2025 ergab keinen Handlungsbedarf.

Risiken aus Kapitalanlagen

Nach §215 Abs. 1 VAG sind die Bestände des Sicherungsvermögens unter Berücksichtigung der Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte sowie der Unternehmensstruktur so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität des Versicherungsunternehmens unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Außerdem muss die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleisten. Darüber hinaus hat die Kasse die Vermögenswerte laut §234h Abs. 1 VAG zum größtmöglichen langfristigen Nutzen der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger anzulegen. Gemäß §1 Abs. 2 AnlV sind die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Vorschriften durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagegrundsätze und Kontrollverfahren, eine strategische Anlagepolitik und weitere organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Präzisiert werden diese Anforderungen durch das von der BaFin herausgegebene Rundschreiben R 11/2017 (VA). Die Pensionskasse verfügt hierzu über detaillierte interne Kapitalanlagerichtlinien, die verbindlich für ihre Kapitalanlagetätigkeit gelten.

Die Allgemeine Kapitalanlagerichtlinie dient hierbei der Festlegung des Rahmens einer Anlagestrategie, der Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Einhaltung der intern vorgegebenen Risikobegrenzungen sowie der Darstellung des Investmentprozesses. Die Vorgaben und Bestimmungen zu den einzelnen Anlageklassen bzw. einzelnen Finanzinstrumenten werden in speziellen Richtlinien, die die Allgemeine Kapitalanlagerichtlinie ergänzen, geregelt. Die internen Kapitalanlagerichtlinien sind dabei in engeren Grenzen gefasst als gesetzlich durch die Anlageverordnung vorgegeben.

Die Kapitalanlagen der Pensionskasse sind Immobilienrisiken, Konzentrationsrisiken, Marktrisiken, Bonitätsrisiken, Strategischen Risiken, Beteiligungsrisiken und Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Unter Risiko als solchem versteht die Pensionskasse die Gefahr von möglichen Verlusten oder entgangenen Gewinnen aufgrund von externen oder internen Faktoren.

Nachhaltigkeitsrisiken sieht die Pensionskasse nicht als einzelne Risikoart an, sondern als Risiken, die sich in den anderen genannten Risiken materialisieren können. Sie sind daher in der Risikobeurteilung der jeweiligen Risiken mit zu berücksichtigen.

Immobilienrisiken bestehen sowohl bei den Immobilien und Immobiliengesellschaften im Direktbestand als auch bei den Immobilien-Spezialfonds und resultieren z.B. aus eventuellen Mietausfällen, Wertverlusten der Objekte, hohen Instandsetzungskosten, verstärkten ökologischen Anforderungen oder sinkender Attraktivität des Standorts. Um diese Risiken zu minimieren, wird die

Investition in Immobilien über eine Quote begrenzt und eine möglichst große Diversifizierung angestrebt. Im Bereich der Direktimmobilien wird zusätzlich der Abschluss von kurzfristigen Mietverträgen vermieden.

Konzentrationsrisiken resultieren aus zu hohen Investitionen in eine einzelne Anlageart, eine einzelne Branche, einzelne Titel oder ein einzelnes Objekt. Diesem Risiko versucht die Pensionskasse durch eine breite Streuung aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie der internen Anlagerichtlinien, eine laufende Überprüfung der Kapitalanlagepolitik sowie die Einflussnahme auf die Anlagepolitik der Asset Manager zu begegnen.

Die Ursachen für Marktrisiken resultieren aus der Gefahr eines Rückgangs der Marktwerte, bedingt durch negative Veränderungen von Marktpreisen, Wechselkursen, Aktienkursen sowie Änderungen des Zinsniveaus. Die Pensionskasse beachtet auch hier die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben hinsichtlich der Mischung und Streuung der Kapitalanlagen und gibt den Asset Managern risikobegrenzende Investmentrichtlinien vor.

Beteiligungsrisiken resultieren aus geringeren Erträgen oder der negativen Wertentwicklung aus Beteiligungen. Die Beteiligungen der Pensionskasse werden laufend beobachtet. Ebenso nimmt die Pensionskasse an Anlageausschusssitzungen teil und nimmt ihr Stimmrecht wahr.

Das Bonitätsrisiko resultiert aus möglichen Verschlechterungen der Zahlungsfähigkeit einzelner Schuldner bis hin zu einer möglichen vollständigen Zahlungsunfähigkeit und damit dem Ausfall einer Forderung. Auch dieses Risiko soll durch die gezielte Streuung der Kapitalanlagen sowie durch Einhaltung der internen Anlagerichtlinien hinsichtlich der Bonität von Emittenten gemindert werden. Wertpapieranlagen, welche nicht als Investment Grade klassifiziert sind, dürfen hierbei nur bis zur Ratingstufe B- und nur in sehr geringem Umfang getätigt werden. Das Bonitätsrisiko kann sich auch in Form des so genannten Spreadrisikos auf die Kapitalanlagen der Pensionskasse auswirken. Hierbei kann es durch die Erhöhung der Risikoaufschläge bei bestimmten Anlageklassen zu damit einhergehenden Marktwertrückgängen kommen. Die entsprechenden Ratings sowie Spreads werden von der Pensionskasse bzw. den Portfoliomanagern laufend überwacht.

Liquiditätsrisiken können aus einer fehlenden bzw. begrenzten Marktgängigkeit der Kapitalanlagen resultieren, wodurch bei einem potentiellen Verkauf zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen möglicherweise Abschläge am Markt hinzunehmen wären. Dieses Risiko wird derzeit bei der Pensionskasse als gering erachtet, da ein bedeutender Anteil der Kapitalanlagen in als liquide

klassifizierbare Anlagen investiert ist. Um dieses Risiko auch weiterhin zu vermeiden, wird die aktuelle Liquiditätsrechnung im Rahmen des monatlichen Kapitalanlagenmonitorings überwacht.

Bei der Liquiditätshaltung können Entscheidungen getroffen werden, die dazu führen, dass die Ertragsvorgabe derzeit nicht erreicht werden kann, da die Liquidität auf dem Girokonto nicht verzinst wird. Dies ist ein strategisches Risiko. Um dem entgegenzuwirken, dient ebenso die aktuelle Liquiditätsrechnung im Rahmen des monatlichen Kapitalanlagenmonitoring.

Mit Hilfe von Stresstests werden die Auswirkungen von besonders negativen Marktentwicklungen auf die Kapitalanlagen der Pensionskasse und deren Risikotragfähigkeit analysiert. Die Pensionskasse hat die von der BaFin vorgegebenen Stresstests nicht nur zum Bilanzstichtag 31.10.2025, sondern auch unterjährig innerhalb des Geschäftsjahres 2024/2025 in allen Szenarien durchgängig bestanden. Aus heutiger Sicht sind somit keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen, die eine dauerhafte Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse nach sich ziehen könnten. Die Pensionskasse verfügt zum jetzigen Zeitpunkt über eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Zur Optimierung der Kapitalanlagen aus Risiko- und Renditegesichtspunkten werden regelmäßige ALM- Studien durchgeführt.

Versicherungstechnische Risiken

Das biometrische Risiko besteht in der Gefahr einer Falscheinschätzung der Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität oder Erleben im Rahmen der Beitragskalkulation. Der Bewertung der Pensionszusagen liegen biometrische Rechnungsgrundlagen zugrunde, wie z.B. die Lebenserwartung oder Invalidität. Letztmalig verstärkt wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen für den Grundtarif zum 31.10.2015 und für den Individualtarif zum 31.10.2021. Diese verstärkten Rechnungsgrundlagen bieten gemäß Gutachten unseres Verantwortlichen Aktuars zum 31.10.2025 sowohl im Grund- als auch im Individualtarif ausreichend Sicherheiten. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden weiterhin regelmäßig sorgfältig überprüft und, falls es nötig werden sollte, weiter verstärkt.

Das Rechnungszinsrisiko besteht darin, dass der bei Vertragsschluss verwendete Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung ohne Erhöhung der Kapitalanlagerisiken nicht mehr erwirtschaftet werden kann. Der Rechnungszins ist dabei eine Annahme über die mittel- bis langfristig zu erzielenden Erträge aus der Anlage des Vermögens. Er geht in die versicherungsmathematischen Berechnungen als Diskontierungsfaktor ein, da die künftigen Versorgungsleistungen gemäß §341f Abs. 1 HGB in der Bilanz mit ihrem Wert zum Untersuchungsstichtag anzusetzen sind. Aufgrund der Niedrigzinsphase wurde im Jahr 2019 in

Abstimmung mit der BaFin beschlossen, dass der Rechnungszins zur Ermittlung der Deckungsrückstellung weiter von 3,25% auf 2,75% abgesenkt wird. Die hierfür von der Pensionskasse benötigten Mittel betragen ca. € 90,2 Mio. Diese Zusatzkosten müssen gemäß dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan über sieben Jahre (2021 bis 2027) finanziert werden und führen pro Jahr zu einem Zusatzaufwand von ca. € 12,9 Mio.

Gegen Ende des Geschäftsjahres hat die BaFin eine Prognoserechnung über einen erweiterten Zeitraum von 15 Jahren erstellen lassen, um Informationen über die voraussichtliche wirtschaftliche Lage der Pensionskassen zu erhalten. Die so gewonnenen Informationen stellen die Grundlage für die Beurteilung der aktuellen Risikosituation und der gegebenenfalls zu treffenden Maßnahmen der einzelnen Pensionskassen dar. Im Rahmen dieser Prognoserechnung wurde ein Szenario seitens der BaFin vorgegeben (keine Kapitalmarktveränderungen und Anlage in ausschließlich sichere, langlaufende Anleihen), und in einem zweiten Szenario sollten die eigene Unternehmensplanung und individuelle Annahmen hinsichtlich Kapitalmarktentwicklung und Anlageverhalten berücksichtigt werden. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass in die Prognoserechnung bereits alle zum jetzigen Zeitpunkt geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Absenkung des Rechnungszinses sowie zur Stärkung der Eigenmittelausstattung der Kasse eingeflossen sind.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Pensionskasse ertragsmäßig solide aufgestellt ist. Der zum Ende des Geschäftsjahres 2024/2025 noch ausstehende Bedarfsdeckungsbeitrag wird bis zum 4. Prognosejahr (2027/2028) unter Berücksichtigung von 40%-Zusatzbeitrag des Trägerunternehmens zurückgeführt. Anschließend wird laut Prognoserechnung kein Zusatzbeitrag mehr berücksichtigt. Die Überrenditen im 5. – 15. Prognosejahr können in die Verlustrücklage eingestellt werden, so dass in beiden Szenarien keine stillen Reserven mehr als zusätzliche Eigenmittel anerkannt werden müssen.

Die Rechnungszinsabsenkung kann über die Hebung der stillen Reserven im KAUFINGER TOR finanziert werden, eine Hebung der stillen Reserven im Objekt Rindermarkt 14 ist auf aktueller Basis nicht nötig.

Die Pensionskasse weist in beiden Szenarien auskömmliche stille Reserven aus.

In beiden Szenarien kann eine zusätzliche pauschale Zuführung zur Deckungsrückstellung vorgenommen werden, um gegebenenfalls eine weitere Absenkung des Rechnungszinses oder eine Stärkung der Biometrie zu finanzieren.

Finanzielle Risiken

Die Pensionskasse hat, nach Erhalt der Steuerbescheide, im Geschäftsjahr 2012/2013 die für das Jahr 2004 aufgrund einer 2010 stattgefundenen Betriebsprüfung angefallenen Steuern an das Finanzamt gezahlt. Gleichzeitig wurde 2013 Einspruch gegen die ergangenen Steuerbescheide erhoben, mit dem auch für die Zukunft das Bestehen einer Steuerpflicht für die Pensionskasse geklärt werden soll. Die zuständigen Finanzbehörden haben in 2017 den Einspruch abgelehnt. Im Juli 2017 hat die Pensionskasse Klage gegen die für 2004 ergangenen Steuerbescheide sowie zur generellen Frage der Steuerpflicht eingereicht. Die Klage wurde nach mündlicher Verhandlung mit Urteil vom 14.12.2020 abgewiesen. Im Januar 2021 wurde daraufhin Revision beim BFH eingelegt. Diese wurde vom BFH mit Urteil vom 11.05.2023 verworfen und die Pensionskasse gilt damit endgültig als vollumfänglich steuerpflichtig.

Um möglichen finanziellen Mehrbelastungen aus der Steuerpflicht Rechnung zu tragen, wurden auf Basis der Steuerbilanzen für die Jahre 2020 – 2023 sowie der Steuerschätzungen für die Geschäftsjahre 2024 und 2025 in der Bilanz der HVB Pensionskasse entsprechende Rückstellungen für gegebenenfalls noch anfallende Steuerzahlungen und Nebenleistungen gebildet. Mit Bildung dieser Rückstellungen sind alle möglicherweise anfallenden Steuernachzahlungen für die noch offenen Steuererklärungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2024/2025 vollständig abgedeckt. Auch eventuell anfallenden Mehrbelastungen der Kasse durch die aktuell laufenden steuerlichen Betriebsprüfungen ist durch diese Rückstellungsbildung ausreichend Vorsorge getragen worden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, Ausblick

Die HVB Pensionskasse geht für 2026 von einer weitgehend unveränderten Dynamik der Weltwirtschaft aus. Das globale BIP dürfte sich um 3,1% erhöhen (The Investment Institute by UniCredit, The Compass 2026, veröffentlicht am 01.12.2025) nach 3,3% im Jahr 2025. Zwar dürften protektionistische Maßnahmen insbesondere der USA und Chinas negative Nachfrageeffekte auslösen. Allerdings erwartet die HVB Pensionskasse, dass sich die Unternehmen weltweit weiter anpassen, etwa durch eine Anpassung ihrer Lieferketten, um Auswirkungen auf ihre geschäftlichen Aktivitäten zu verringern. Darüber hinaus dürften sich die Unternehmen allmählich an eine erhöhte politische und geoökonomische Unsicherheit gewöhnen, was die negativen Folgen für die Weltwirtschaft verringern würde. Obwohl der Wachstumstrend des globalen Handels mit Gütern zurückgehen dürfte, wird der stärkere Dienstleistungsbereich dies wahrscheinlich ausgleichen. Der zunehmende Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) wird voraussichtlich die Verschiebung des globalen Handels hin zu Dienstleistungen beschleunigen. Unterdessen subventionieren die Regierungen in den USA und Europa die Herstellung strategischer Güter wie Halbleiter und Batterien, um die Abhängigkeit von China zu verringern. Diese Maßnahmen werden die negativen Nachfrageeffekte abschwächen, aber auch die öffentliche Verschuldung erhöhen.

Trotz einer möglichen Gewöhnung der Unternehmen an gestiegene geoökonomische Risiken birgt der Ausblick 2026 Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft. Beispiele sind die Unsicherheiten, die sich durch den Kurs der US-Administration ergeben (zum Beispiel Venezuela, Grönland und Iran) sowie die Entwicklungen im Nahen Osten und in der Ukraine. Abrupte Kursausschläge an den internationalen Finanz- und Rohstoffmärkten könnten die Folge sein und dadurch die Weltwirtschaft belasten. Möglicherweise halten sich Unternehmen und Privathaushalte aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten mit ihren Investitions- und Konsumentscheidungen stärker zurück als im Basisszenario angenommen.

Die HVB Pensionskasse erwartet mit einem Zuwachs von 2,4% ein solides Wachstum der US-Wirtschaft im Jahr 2026 (The Investment Institute by UniCredit, The Bottom Line, veröffentlicht am 23.01.2026) nach 2,2% im letzten Jahr. Wichtige Faktoren sind eine expansive Fiskalpolitik, steigende KI-Investitionen der Unternehmen sowie tendenziell günstige Finanzierungsbedingungen. Gleichzeitig dürfte aber die Inflation aufgrund der Anhebung der US-Zölle wirkungsverzögert in der ersten Jahreshälfte 2026 ansteigen und Unternehmen und Privathaushalte belasten. Auch der voraussichtlich geringere Beschäftigungsaufbau und eine bereits im historischen Vergleich niedrige Sparquote belasten. Aufgrund der höheren Inflation erwartet die HVB Pensionskasse im Jahr 2026 lediglich eine Leitzinssenkung um 25 Basispunkte, so dass sich das Zielband des US-Leitzinses

zwischen 3,25% und 3,50% befinden dürfte (The Investment Institute by UniCredit, Central Banks Watch, Fed Review, veröffentlicht am 11.12.2025). Durch den planmäßigen Wechsel an der Spitze der US-Notenbank im Mai 2026 und einen vom US-Präsidenten ernannten Nachfolger könnten allerdings auch stärkere Zinssenkungen erfolgen. In der Vergangenheit hatte der US-Präsident die US-Notenbank immer wieder zu einer deutlich lockeren Geldpolitik aufgefordert.

Eine voraussichtlich weiterhin schwache Entwicklung des Immobilienmarkts sowie eine rückläufige Bevölkerung dürften dazu beitragen, dass Chinas Wachstum im historischen Vergleich gedämpft bleibt. Hinzu dürfte eine anhaltend geringe Dynamik der privaten Konsumausgaben kommen. Nach einem Zuwachs von 5,0% im Jahr 2025 erwartet die HVB Pensionskasse ein BIP-Wachstum von 4,1% im Jahr 2026 (The Investment Institute by UniCredit, The Compass 2026, veröffentlicht am 01.12.2025).

Für den Euroraum erwartet die HVB Pensionskasse für 2026 ein leichtes Wachstum von 1,0% (2025: +1,5%). Die Inflationsrate dürfte im Jahresdurchschnitt 2026 bei 1,8% liegen nach 2,1% im Jahresdurchschnitt 2025. Die EZB wird ihren Leitzins voraussichtlich unverändert bei 2,0% belassen (The Investment Institute by UniCredit, The Compass 2026, veröffentlicht am 01.12.2025).

Für das Jahr 2026 erwartet die HVB Pensionskasse auf Länderebene im Euroraum ein Wachstum des BIP in Deutschland von 1,2%. Die Wirtschaftsleistung in anderen größeren Ländern der Eurozone dürfte etwas weniger stark zulegen. Für Frankreich erwartet die HVB Pensionskasse einen Zuwachs von 0,9% und für Italien 0,6% im Jahr 2026 (The Investment Institute by UniCredit, The Compass 2026, veröffentlicht am 01.12.2025).

Ein wichtiger Faktor für die graduelle konjunkturelle Belebung in Deutschland ist die fiskalische Bazooka in Form höherer Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Darüber hinaus sollte der Bausektor zu einer wirtschaftlichen Erholung beitragen. Insbesondere im Wohnungsbau dürfte sich eine stärkere Nachfrage aufgrund des Mangels an Wohnraum, etwas niedrigerer Zinssätze und der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren („Bau-Turbo“) bemerkbar machen. Der exportorientierte deutsche Industriesektor wird voraussichtlich hingegen nur wenig zulegen können. Standortnachteile wie hohe Energiekosten sowie starker Wettbewerbsdruck aus China sind hierfür wichtige Gründe. Während Lohnerhöhungen, die etwas über der Inflation liegen, voraussichtlich die privaten Konsumausgaben unterstützen, begrenzen weitgehend unveränderte Beschäftigungszahlen (Stellenabbau in der Industrie, Aufbau neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor) das Aufwärtspotenzial. Die HVB Pensionskasse erwartet, dass die Verbraucherpreise im Jahresvergleich

2026 um 1,6% steigen (The Investment Institute by UniCredit, The Bottom Line, veröffentlicht am 23.01.2026).

Zusammengefasst erwartet die HVB Pensionskasse im Basis-Szenario eine schwache Erholung im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum, während sich die Inflation tendenziell leicht unterhalb des EZB-Ziels von 2,0% einpendelt. Die längerfristigen Zinsen dürften sich tendenziell in einer Seitwärtsspanne bewegen. Insbesondere am längeren Ende der Zinskurven sollten sich in 2026 Renditen erzielen lassen, die auf Höhe des Rechnungszins sind.

Die Risiken für das Wachstum haben angesichts vielfältiger Herausforderungen auch in 2026 weiterhin Bestand. Neben der (geo-)politischen Unsicherheit nehmen die Spannungen im Welthandel weiterhin zu. Dies erhöht das Risiko von unvorhersehbaren, aber möglicherweise extremen Ereignissen. Die hohe Staatsverschuldung führt zu Belastungen durch höhere Zinsausgaben, schränkt aber auch die Möglichkeiten der Länder ein, die Folgen möglicher Schocks durch staatliche Beihilfen abzufedern.

Die mittelfristigen Risiko-Rendite-Erwartungen für diversifizierte Portfolios erscheinen dank der Anleiherenditen und eines vergleichsweise konstruktiven Ertragsausblicks bei Aktien positiv. Im Deutschen Immobilienmarkt zeichnet sich nach einer Konsolidierungsphase eine langsame Belebung bei Transaktionen und Preisen ab. Die Inflationsrisiken scheinen vorerst unter Kontrolle zu sein, die Leitzinssenkungen in 2025 haben die Wirtschaft unterstützt. Dennoch bestehen nach wie vor wirtschaftliche und geopolitische Risiken, und es drohen große Mengen an Schuldenrefinanzierungen. Angesichts des Risikoumfelds sollte ein vorübergehender Anstieg der Volatilität nicht überraschen.

Das Marktumfeld stellt Altersvorsorgeeinrichtungen weiter vor große Herausforderungen. Es bleibt daher aus Sicht der HVB Pensionskasse angemessen, mit einer ausgewogenen und gut diversifizierten Kapitalanlage über verschiedene Anlageklassen auf diese Herausforderungen einzugehen. Die sehr konservative Kapitalanlagepolitik der HVB Pensionskasse, ist in den internen Anlagerichtlinien verankert und wird kontinuierlich überprüft. Die HVB Pensionskasse geht weiterhin von der Notwendigkeit aus, entsprechend den Regelungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen einen Zusatzbeitrag zu berücksichtigen. Das Trägerunternehmen leistet gemäß Satzung und der im vorigen Geschäftsjahr mit dem Trägerunternehmen geschlossenen Verpflichtungserklärung einen Zusatzbeitrag, soweit dies nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zur dauernden Erfüllbarkeit der Kassenleistungen erforderlich wird.

Zur Deckung der lebenslang zu leistenden Rentenverpflichtungen erachtet es die Pensionskasse als weiterhin notwendig, bestimmte Marktrisiken, die entsprechend vergütet werden, risikobewusst einzugehen, um langfristig den erforderlichen Wertzuwachs zu erwirtschaften.

Der deutlich überwiegende Teil des Kassenvermögens wird in gemischten Renten- und Aktienfonds verwaltet. Aufgrund des Zinsanstiegs wurde in den letzten Jahren bereits ein signifikanter Anteil dieser Fonds in Anleihen mit hoher Bonität und langen Laufzeiten umgeschichtet, um die entsprechenden Kuponzahlungen vereinnahmen zu können. Über die Beimischung von Aktien zu den verbliebenen Anleihen sollten weitere Erträge zu generieren sein. Sollte sich wieder eine negative Korrelation zwischen den beiden Anlageklassen herausbilden, könnten nicht auszuschließende Aktienkursrückgänge über eine positive Entwicklung im Bereich der Rentenanlagen gemindert werden.

Das vorgegebene Anlageuniversum ist für die aktiv verwalteten Anlagen der gemischten Fonds möglichst weit gefasst, um eine Vielzahl potenzieller Ertragschancen, die auch unter Risikogesichtspunkten als vertretbar gewertet werden, nutzen zu können. Weitere spezialisierte Wertpapier-Investmentvermögen investieren mit geringerem Volumen in europäische Aktien mit hohen Dividendenerwartungen und kurz laufende Anleihen von Emittenten mit niedrigerer Bonität, um auch in diesen Segmenten risikobewusst Ertragschancen nutzen zu können.

Mit den Anleihen im Direktbestand planen wir auch weiterhin Erträge zu erwirtschaften, die über dem aktuell erforderlichen Rechnungszins und in etwa auf Höhe des Berichtsjahres liegen.

Für unsere über Immobilienfonds getätigten Investitionen in hochwertige Wohnimmobilien, Einzelhandelsimmobilien, Nahversorgung- und Logistikimmobilien in Deutschland erwarten wir weitgehend stabile Ertragsausschüttungen. Einem möglichen Bewertungsrückgang der Objekte stehen stille Reserven in den Fonds gegenüber. Die beiden im Direktbestand oder über Immobiliengesellschaften gehaltenen Immobilien Rindermarkt und KAUFINGER TOR befinden sich in sehr guter Lage im Münchner Zentrum und tragen schwerpunktmässig die stillen Reserven des Kassenvermögens. Beide Objekte werden trotz der aktuell noch verhaltenen Lage am Immobilienmarkt voraussichtlich weiterhin einen nennenswerten Beitrag zu den Erträgen des Kassenvermögens liefern.

Die Beteiligungen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Luftfahrt, in denen die Pensionskasse bereits seit vielen Jahren investiert ist, lassen über ihre geplante Laufzeit hinweg weiterhin auskömmliche Erträge erwarten. Aufgrund der Markterholung ergibt sich potentiell die Möglichkeit

einzelne Assets aus den Beteiligungen bereits vor Ablauf der Laufzeit der Fonds zu interessanten Preisen zu verkaufen, was zu entsprechenden Mittelrückflüssen führen sollte.

Die mit weiteren Mitinvestoren gehaltene Beteiligung an Immobilienprojektfinanzierungen befindet sich seit 2023 in Insolvenz und wurde bereits auf den Erinnerungswert von 1 Euro abgeschrieben.

Der als Beimischung investierte Private Equity-Fonds, welcher im Berichtsjahr im Rahmen des offenen Commitments weiter aufgestockt wurde, soll der Kasse zukünftig Erträge aus Unternehmensentwicklungen zuweisen.

Die Pensionskasse wird angesichts des sehr herausfordernden Umfeldes, wie auch in den letzten Jahren, weiterhin eine sicherheitsorientierte Anlagepolitik verfolgen. Durch die erfolgte Stärkung des Anleihebestandes mit Renditen in Höhe von mindestens dem Rechnungszins wird eine gewisse Stabilisierung der Ertragslage der Kasse ermöglicht. Die Pensionskasse geht im Basis-Szenario davon aus, mit ihren Kapitalanlagen sowie unter Berücksichtigung ihrer hohen stillen Reserven einen jährlichen Wertzuwachs oberhalb des geschäftsplanmäßigen Rechnungszins zu erwirtschaften.

Der bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator der Pensionskasse ist die Erwirtschaftung des geschäftsplanmäßigen Rechnungszins, der in der Konsequenz zu einem ausgeglichenen Ergebnis und einer Rückführung des ausstehenden Bedarfsdeckungsbeitrages führt. Die Prognose des letzten Jahres konnte eingehalten und der geschäftsplanmäßige Rechnungszins erwirtschaftet werden. Dies wird ebenso für das folgende Geschäftsjahr erwartet.

Die dargelegten Prognosen bezüglich der zukünftigen Entwicklungen an den Kapitalmärkten entsprechen den derzeitigen Erwartungen des Vorstands. Unvorhergesehene Ereignisse, politische Entscheidungen und wirtschaftliche Veränderungen können jedoch deutlich abweichende Ergebnisse zur Folge haben.

Jahresabschluss

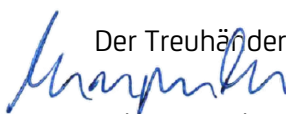
Bilanz

Bilanz der Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG zum 31. Oktober 2025 - Aktiva –

	in Euro	
	zum 31.10.2025	Vorjahr
A. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		
	5.699.464,97	5.830.260
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	91.981.375,51	76.540.690
2. Beteiligungen	54.080.055,93	58.732.306
	146.061.431,44	135.272.997
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile und Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	882.177.282,34	868.145.333
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.184.600,00	47.270.649
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	28.000.000,00	28.000.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	-	-
	28.000.000,00	28.000.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	54.042.576,01	39.403.195
	995.404.458,35	982.819.177
	1.147.165.354,76	1.123.922.433
B. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	3.242,77	3.999
II. Sonstige Forderungen	1.361.205,99	1.552.899
	1.364.448,76	1.556.898
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	984.807,32	1.071.242
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	924.866,37	1.408.683
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungen	115.342,32	109.371
	1.040.208,69	1.518.054
Summe der Aktiva	1.150.554.819,53	1.128.068.627

Ich bestätige gemäß §128 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

München, 06.02.2026

Der Treuhänder

 Dr. Bernd Mossgraber

Bilanz der Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG zum 31. Oktober 2025 - Passiva –

						in Euro	
						zum 31.10.2025	Vorjahr
A. Eigenkapital							
I. Gewinnrücklagen							
	1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG				35.001.386,44	34.203.699	
II. Gesamtausgleichsposten							
					—	—	
					35.001.386,44	34.203.699	
B. Versicherungstechnische Rückstellungen							
I. Deckungsrückstellung							
					1.110.889.453,25	1.089.091.941	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle							
					293.563,41	308.227	
					1.111.183.016,66	1.089.400.168	
C. Andere Rückstellungen							
I. Steuerrückstellungen							
					4.254.046,62	4.389.239	
II. Sonstige Rückstellungen							
					12.500,00	12.500	
					4.266.546,62	4.401.739	
D. Andere Verbindlichkeiten							
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft							
					43.289,18	22.682	
II. Sonstige Verbindlichkeiten							
					60.580,63	40.339	
	davon aus Steuern:		50.348,51	(Vj: € 31.513)			
					103.869,81	63.021	
E. Rechnungsabgrenzungsposten							
					—	—	
Summe der Passiva						1.150.554.819,53	1.128.068.627

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 03. November 2025 genehmigten Technischen Geschäftsplan vom 07. Mai 2025 berechnet worden ist.

München, 23.01.2026

Der Verantwortliche Aktuar


Dr. Rainer Goldbach

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. November 2024 bis 31. Oktober 2025

in Euro				
	Posten		01.11.2024 - 31.10.2025	Vorjahr
I.	Versicherungstechnische Rechnung			
1.	Verdiente Beiträge			
	Gebuchte Beiträge		7.821.888,47	8.409.339
2.	Erträge aus Kapitalanlagen			
	a) Erträge aus Beteiligungen	4.513.988,62		3.834.785
	davon aus Anteilen an verbundenen Unternehmen:	2.177.031,62		1.415.074
	b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
	aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.118.611,35		1.102.815
	bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.066.832,73		44.278.235
			28.185.444,08	45.381.050
	c) Erträge aus Zuschreibungen		872.879,78	3.435.034
	d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		17.602.135,50	17.629.352
			51.174.447,98	70.280.221
3.	Sonstige versicherungstechnische Erträge		—	—
4.	Aufwendungen für Versicherungsfälle			
	a) Zahlungen für Versicherungsfälle	35.193.391,81		33.150.438
	b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	- 14.663,73		- 87.565
			35.178.728,08	33.062.873
5.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
	Deckungsrückstellung		21.797.512,11	34.545.577
6.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			
			—	—
	Übertrag:		2.020.096,26	11.081.111

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. November 2024 bis 31. Oktober 2025

				in Euro	
Posten				01.11.2024 - 31.10.2025	Vorjahr
Übertrag:				2.020.096,26	11.081.111
7.	Aufwendungen für Kapitalanlagen				
	a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		65.881,97		169.426
	b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.250.002,49		5.031.665
	c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		—		—
				1.315.884,46	5.201.091
8.	Versicherungstechnisches Ergebnis			704.211,80	5.880.020
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung					
1.	Sonstige Erträge		245.187,43		69.017
2.	Sonstige Aufwendungen		60.322,29		57.772
				184.865,14	11.245
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			889.076,94	5.891.265
4.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			91.389,16	134.423
5.	Jahresüberschuss			797.687,78	5.756.842
6.	Einstellung in die Verlustrücklage / Entnahme aus der Verlustrücklage			- 797.687,78	- 5.756.842
7.	Bilanzgewinn			—	—

Anhang

Allgemeine Angaben

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung aufsichtsbehördlicher und satzungsmäßiger Bestimmungen aufgestellt. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich zum Bilanzstichtag 31.10.2025 keine Veränderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Der Ausweis erfolgt gemäß den in §2 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vorgegebenen Gliederungsvorschriften für die Bilanz (Formblatt 1) und die Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3).

Der Bilanzansatz der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie der Kommanditbeteiligungen erfolgt nach §341b Abs. 1 S. 2 HGB zu Anschaffungskosten, vermindert um Kapitalrückzahlungen oder Abschreibungen, sofern eingetretene Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Die Gründe für unterlassene Abschreibungen bei einer nur vorübergehenden Wertminderung werden gemäß §285 Nr. 18 HGB im Anhang angegeben. Wertaufholungen gemäß §253 Abs. 5 HGB werden grundsätzlich vorgenommen.

Die Investmentanteile werden unter Anwendung des §341b Abs. 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Ihre Bewertung erfolgt daher gemäß §253 Abs. 1 und 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots. Für die Beurteilung, ob eine dauerhafte Wertminderung vorliegt, werden für die Buy and Maintain-Segmente dieser Fonds jeweils die beizulegenden Zeitwerte ermittelt und deren jeweiligem Buchwert gegenübergestellt. Eine Abschreibung erfolgt nur, wenn der beizulegende Zeitwert des Segments niedriger ist als dessen Buchwert. Die Total Return-Segmente werden, sofern erforderlich, auf den niedrigeren Marktwert abgeschrieben. Die Gründe für unterlassene Abschreibungen bei nur vorübergehender Wertminderung werden gemäß §285 Nr. 18 HGB im Anhang angegeben. Von diesem Grundsatz ausgenommen sind ein Wertpapierspezialfonds sowie die vier Immobilienfonds, welche jeweils dem Umlaufvermögen zugeordnet sind und entsprechend §253 Abs. 1 und 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden.

Die börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen im Direktbestand der Kasse werden unter Anwendung des §341b Abs. 2 Alt. 2 HGB im Anlagevermögen geführt, da sie dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Ihre Bewertung erfolgt entsprechend

§253 Abs. 1 und 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots. Außerplanmäßige Abschreibungen werden daher nur bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen vorgenommen. Die Gründe für unterlassene Abschreibungen bei nur vorübergehender Wertminderung werden gemäß §285 Nr. 18 HGB im Anhang angegeben. Wertaufholungen gemäß §253 Abs. 5 HGB werden grundsätzlich vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe werden im Anschaffungsjahr gemäß §341c HGB mit ihrem Nennwert in der Bilanz angesetzt. Eventuelle Agio- und Disagiobeträge werden gemäß §341c Abs. 2 HGB in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig über die Laufzeit der Titel verteilt.

Die Grundstücke und Gebäude sind gemäß §253 Abs. 1 HGB mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige und eventuelle außerplanmäßige Abschreibungen gemäß §253 Abs. 3 HGB und zuzüglich angefallener nachträglicher Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt.

Das Geschäftsgebäude Rindermarkt 14 wird analog §7 Abs. 4 Nr. 2a EStG linear mit 2,0% der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des Gebäudes abgeschrieben.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit den tatsächlich hingegebenen Beträgen angesetzt.

Der Ansatz der Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie der sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände erfolgt zum Nominalwert, vermindert um gegebenenfalls erforderliche Abschreibungen.

Bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurde die Berechnung der Deckungsrückstellung nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 03.11.2025 genehmigten technischen Geschäftsplan vom 07.05.2025 vorgenommen. Der verwendete geschäftsplanmäßige Rechnungszins beträgt seit dem Geschäftsjahr 2020/2021 2,75% (bis zum Geschäftsjahr 2019/2020 3,25%). Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Grundtarif liegt die Sterbetafel „PK Hypo 2015 R“ zugrunde, die Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Individualtarif erfolgt anhand der Sterbetafel „Hypo 2021 RI“. Beide Sterbetafeln wurden jeweils von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt. Bei der Ableitung wurden die beobachteten biometrischen Besonderheiten eines Kollektivs aus der Finanzdienstleistungsbranche berücksichtigt. Die Berechnung erfolgt nach der prospektiven Methode, wobei jeder Vertrag einer Einzelbewertung unterliegt.

Das Trägerunternehmen leistet einen Zusatzbeitrag bis zum Zweifachen der Beiträge aus dem Grundtarif, soweit dies nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zur dauernden Erfüllbarkeit der Kassenleistungen im Grundtarif erforderlich ist.

In die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden gemäß §341g HGB die für die Zeit bis zum jeweiligen Abschlusstichtag nachzuzahlenden Beträge eingestellt. Die Ermittlung des Bedarfs für die Pensionsversicherung (Pensionierung bis zu zwei Monate nach Geschäftsjahresende) und Spätfolgenrückstellung erfolgt anhand der im Geschäftsjahr 2024/2025 verspätet abgewickelten Versicherungsfälle.

Die Ermittlung der Höhe der Rückstellung für die Sterbegeldversicherung (bis zum Bilanzstichtag bekannt gewordene Todesfälle für das abgelaufene Geschäftsjahr, die nicht mehr ausgezahlt werden konnten) erfolgt durch eine Einzelfallbetrachtung. Die Leistung wird in der Höhe angesetzt, in der sie voraussichtlich zu erbringen ist.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und sonstige Verbindlichkeiten werden mit den Erfüllungsbeträgen in die Bilanz eingestellt.

Die Bildung der sonstigen Rückstellungen erfolgt in der Höhe, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist. Eine Abzinsung gemäß §253 Abs. 2 S. 1 HGB unterbleibt, da diese Rückstellungen eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr haben. Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Für die Bildung der Steuerrückstellungen sowie der Rückstellung für steuerliche Verzugszinsen wurde für die Jahre 2019 bis 2023 jeweils die Ergebnisse der Steuerbilanzen und für die Jahre 2024 und 2025 jeweils eine qualifizierte Schätzung der voraussichtlichen Steuerlast erstellt, welche als Basis für gegebenenfalls zurückzustellende Beträge dienen. Der Ansatz der zurückgestellten Beträge erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung. Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Die aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden jeweils mit ihrem Nominalwert in der Bilanz angesetzt.

Entwicklung der Aktivposten A I, A II und A III im Geschäftsjahr 2024/2025

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr in tEuro	Zugänge in tEuro	Umbuchungen in tEuro	Abgänge in tEuro	Zuschreibungen in tEuro	Abschreibungen in tEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr in tEuro
A I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten							
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.830					131	5.699
A II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	76.541	16.280		1.654	815		91.982
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen							
3. Beteiligungen	58.732	2.375		7.067	40		54.080
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht							
5. Summe A II.	135.273	18.655		8.721	855	—	146.062
A III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	868.145	17.118		1.967		1.119	882.177
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	47.271	5.695		21.799	18		31.185
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen							
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	28.000						28.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen							
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine							
d) übrige Ausleihungen							
5. Einlagen bei Kreditinstituten	39.402	14.640					54.042
6. Andere Kapitalanlagen							
7. Summe A III.	982.818	37.453		23.766	18	1.119	995.404
Kapitalanlagen insgesamt	1.123.921	56.108		32.487	873	1.250	1.147.165

Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva

A. Kapitalanlagen

Die Gesamtsumme der Buchwerte der Kapitalanlagen beträgt € 1.147,2 Mio. und macht 99,7% der Bilanzsumme aus. Der Zeitwert der Kapitalanlagen beläuft sich zum Abschlussstichtag auf € 1.254,2 Mio., womit die Pensionskasse über stille Nettoreserven in Höhe von € 107,0 Mio. verfügt. Die Zeitwerte der Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Aktivposten	Bilanzwerte in Euro	Zeitwerte in Euro	Stille Reserven / Stille Lasten in Euro
A I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.699.464,97	24.100.000,00	18.400.535,03
A II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	91.981.375,51	165.221.957,71	73.240.582,20
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	—	—	—
3. Beteiligungen	54.080.055,93	63.992.616,67	9.912.560,74
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	—
5. Summe A II.	146.061.431,44	229.214.574,38	83.153.142,94
A III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	882.177.282,34	891.839.897,39	9.662.615,05
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.184.600,00	30.263.000,00	- 921.600,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	—	—	—
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	28.000.000,00	24.730.100,00	- 3.269.900,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	—	—	—
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—	—	—
d) übrige Ausleihungen	—	—	—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	54.042.576,01	54.042.576,01	—
6. Andere Kapitalanlagen	—	—	—
7. Summe A III.	995.404.458,35	1.000.875.573,40	5.471.115,05
Kapitalanlagen insgesamt	1.147.165.354,76	1.254.190.147,78	107.024.793,02

Die Verkehrswerte für die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden grundsätzlich nach der Ertragswertmethode bestimmt. Dabei wird für den Rindermarkt 14 gemäß internen Richtlinien alle drei Jahre ein neues Verkehrswertgutachten erstellt. Die letzte Wertermittlung erfolgte zum Stichtag 01.08.2024.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten Nettoinventarwerte der Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG sowie der Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG werden jeweils durch den Gesamtwert der Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten und Rückstellungen bestimmt. Der Verkehrswert für die eingebrachte Immobilie KAUFINGER TOR wird

ebenfalls nach der Ertragswertmethode ermittelt, die letzte Wertermittlung erfolgte zum Stichtag 30.06.2025.

Die Ermittlung der Zeitwerte für die Erneuerbare Energien-Beteiligungen European Solar Power Fund und European Sustainable Power Fund erfolgt mittels Discounted Cashflow-Methode (DCF-Methode) seitens des Vermögensverwalters. Dabei werden die zukünftigen Zahlungsüberschüsse der Fondsgesellschaft, die den Eigenkapitalgebern zufließen, auf den Bewertungsstichtag abdiskontiert. Die Methodik zur Ermittlung dieses Abzinsungsfaktors (Ermittlung der Eigenkapitalkosten) basiert auf dem Capital Asset Pricing Model (CAPM), wobei der Ausgangspunkt ein risikoloser Basiszins ist, der um projekt-, markt- und länderspezifische Risikozuschläge angepasst wird. Die Bewertung des KGAL Aviation Portfolio Fund Nr. 1 und des KGAL APF 3 erfolgt durch den Asset Manager nach folgenden Bewertungsverfahren: Für den Wertansatz der Beteiligungen an den einzelnen Objektgesellschaften wird die DCF-Methode in Verbindung mit dem CAPM angewandt. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Diskontierungsfaktor, gestaffelt nach Bonität des Leasingnehmers, angesetzt, um eine weiterhin bestehende Unsicherheit im globalen Luftverkehr mit abzubilden.

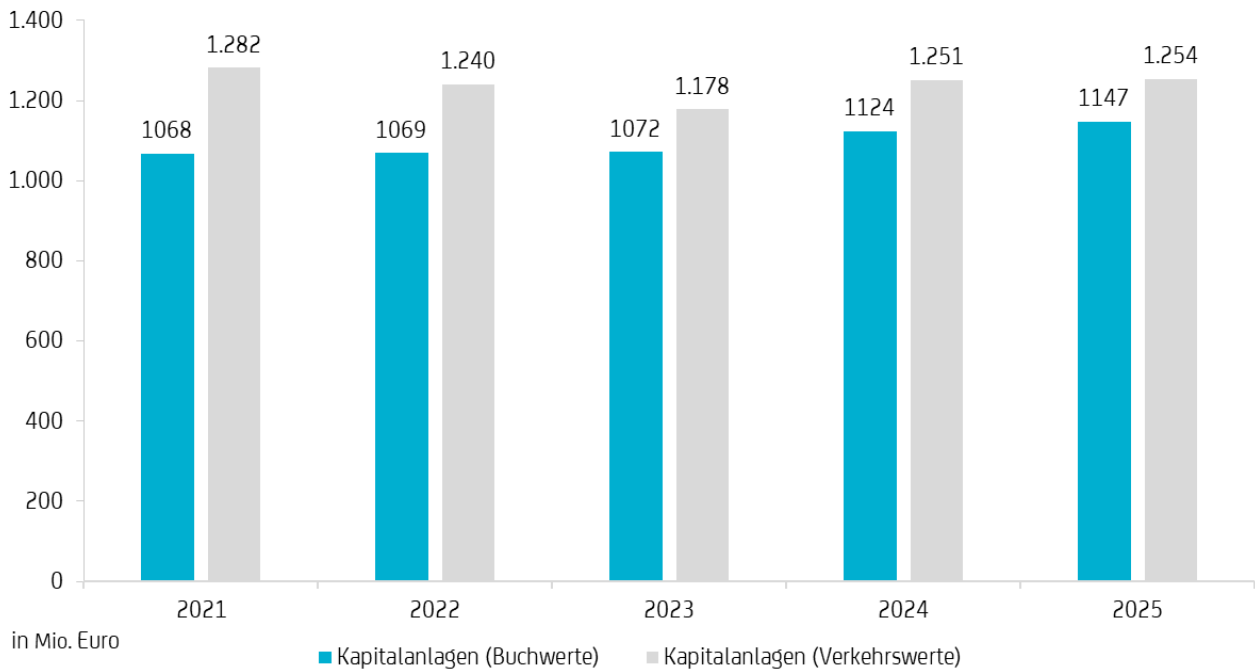
Die Zeitwerte für die Erneuerbare Energien-Beteiligungen sowie für die Flugzeug-Portfolios wurden jeweils mit Stichtag 30.09.2025 berechnet, welche jeweils auch zum 31.10.2025 gültig sind.

Der Zeitwert der Windpark-Beteiligung GRF Feeder Fund wird durch den Nettoinventarwert der im Umlauf befindlichen Aktien per 30.09.2025 bestimmt. Der Nettoinventarwert pro Aktie wird durch Teilung des Gesamtwertes der Vermögensgegenstände, die den jeweiligen Aktien zurechenbar sind, abzüglich der entsprechend zurechenbaren Verbindlichkeiten und Rückstellungen, durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Aktien festgestellt. Die Vermögensgegenstände werden nach luxemburgischen Recht gemäß dem Zeitwertprinzip bewertet, soweit nichts Abweichendes geregelt ist.

Für die Ermittlung der Zeitwerte der Investmentanteile werden die von den jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaften angegebenen Anteilspreise zum Bilanzstichtag verwendet. Sofern bei einzelnen Fonds nach dem Bilanzstichtag Ausschüttungen für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgenommen werden, erfolgt eine Kürzung der jeweiligen Zeitwerte um diese Beträge. Für die Bewertung der börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen werden die jeweiligen Börsenkurse zum Bilanzstichtag verwendet. Die Zeitwerte der Namenspapiere werden anhand der Zinsstrukturkurve und den entsprechenden Risikoaufschlägen berechnet.

Der Zeitwert der Einlagen bei Kreditinstituten entspricht dem Nominalwert.

Die Entwicklung der Buch- und Zeitwerte der Kapitalanlagen in den vergangenen fünf Geschäftsjahren ist der folgenden Grafik zu entnehmen:



I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

Zum Bilanzstichtag befindet sich mit dem Rindermarkt 14 noch eine gewerblich genutzte Immobilie im Anlagevermögen der Pensionskasse. Der Grundbesitz entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

	Buchwert am 31.10.2024 in Euro	Abschreibung (AfA) in Euro	Abgänge im Geschäftsjahr in Euro	Buchwert am 31.10.2025 in Euro
Rindermarkt 14	5.830.259,97	- 130.795,00	—	5.699.464,97
	5.830.259,97	- 130.795,00	—	5.699.464,97

Der Verkehrswert der Immobilie Rindermarkt 14 wurde mit Stichtag 01.08.2024 durch einen externen Gutachter ermittelt und beträgt € 24.100.000,00.

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Dieser Posten entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

			in Euro
Bestand am 31.10.2024			76.540.690,35
Zugänge			16.280.000,00
Abgänge	./.		1.654.410,62
Bestand am 31.10.2025			91.166.279,73
Zuschreibungen			815.095,78
Abschreibungen	./.		—
Bestand am 31.10.2025			91.981.375,51

Zusammensetzung des Bilanzpostens Anteile an verbundenen Unternehmen zum Bilanzstichtag:

Name	Haftsumme in Euro	Bilanzwert in Euro	Zeitwert in Euro
Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	10.000,00	8.272.053,12	81.512.635,32
Kaufinger Tor Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	10.000,00	83.709.322,39	83.709.322,39
Gesamtbestand		91.981.375,51	165.221.957,71

Die Angaben nach §285 Nr. 11 HGB können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Name	Sitz	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in Euro	Ergebnis in Euro
Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	50	18.505.413,66	4.408.761,88
Kaufinger Tor Immobilien- Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	100	88.751.000,00	821.695,31

2. Beteiligungen

Dieser Posten entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

			in Euro
Bestand am 31.10.2024			58.732.306,47
Zugänge			2.375.000,00
Abgänge	./.		7.067.134,54
Bestand am 31.10.2025			54.040.171,93
Zuschreibungen			39.884,00
Abschreibungen	./.		—
Bestand am 31.10.2025			54.080.055,93

Zusammensetzung des Bilanzpostens Beteiligungen zum Bilanzstichtag:

Name	Haftsumme in Euro	Bilanzwert in Euro	Zeitwert in Euro
European Solar Power Fund	20.000,00	12.914.254,54	13.274.562,24
European Sustainable Power Fund	15.000,00	10.767.377,72	10.873.974,76
GRF Feeder Fund	—	7.249.672,66	10.210.283,98
PROJECT Vier Metropolen II	100.000,00	1,00	1,00
Aviation Portfolio Fund Nr. 1	8.000,00	4.335.218,13	4.648.654,40
KGAL APF 3	8.000,00	3.641.031,88	3.731.329,47
Capital Dynamics S.C.A. - Future Essentials II	—	15.172.500,00	21.253.810,82
Gesamtbestand		54.080.055,93	63.992.616,67

III. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

		in Euro
Bestand am 31.10.2024		868.145.333,15
Zugänge		17.118.368,69
Abgänge	./.	1.967.212,01
Bestand am 31.10.2025		883.296.489,83
Zuschreibungen		0,00
Abschreibungen	./.	1.119.207,49
Bestand am 31.10.2025		882.177.282,34

Bei den in den Wertpapierfonds des Anlagevermögens enthaltenen stillen Lasten wird nur eine vorübergehende Wertminderung angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die durch den Anstieg des Zinsniveaus verursachten Kursverluste bei festverzinslichen Wertpapieren innerhalb der Wertpapierfonds spätestens bei deren Rückzahlung zum Nominalwert wieder ausgeglichen werden.

Der in der Tabelle auf der folgenden Seite enthaltene Zeitwert des Immobilienfonds KGAL/HI Wohnen Core 2 wurde um die zum Bilanzstichtag noch nicht geflossene Ausschüttung für das abgelaufene Geschäftsjahr in Höhe von € 429.745,80 gekürzt. Dieser Betrag wurde in der Bilanz unter den Sonstigen Forderungen aktiviert.

Anhangangaben nach §285 Nr. 26 HGB

Fondsname	Anlagepolitik	Stücke	Buchwert	Zeitwert	Ausschüttung im Geschäftsjahr	Beschränkungen bei Anteilsrücknahme
HPK2 (ehemals Amundi Hypekaspezial)	Segmentierter Wertpapierfonds mit Buy & Maintain- und Total Return-Strategie	2.560.201	238.106.782,14	237.501.640,52	4.954.720,49	Aussetzung der Rücknahme möglich (§ 98 KAGB)
HPK1 (ehemals MEAG SP 15)	Segmentierter Wertpapierfonds mit Buy & Maintain- und Total Return-Strategie	1.992.468	179.228.323,91	178.053.168,14	4.107.820,85	Aussetzung der Rücknahme möglich (§ 98 KAGB)
HPK3 (ehemals UIN-Fonds Nr. 632)	Segmentierter Wertpapierfonds mit Buy & Maintain- und Total Return-Strategie	1.453.993	134.573.859,83	134.217.297,33	3.533.190,17	Aussetzung der Rücknahme möglich (§ 98 KAGB)
Structured Invest HVB PK 25+	Gemischter Wertpapierfonds	818.637	75.680.216,57	71.158.054,85	3.103.387,13	Aussetzung der Rücknahme möglich (§ 98 KAGB)
HPK4 (ehemals UIN-Fonds Nr. 1089)	Rentenfonds	1.135.797	104.210.475,71	105.280.603,08	2.902.346,86	Aussetzung der Rücknahme möglich (§ 98 KAGB)
MEAG Short-Term High-Yield	Rentenfonds	287.060	28.795.698,23	29.479.389,96	1.116.614,13	Rückgabe drei Kalendermonate nach Ankündigung möglich (rollierend)
Amundi European Equity Sustainable Income	Aktienfonds	6.000	7.530.126,00	12.813.000,00	—	Keine Beschränkung
LIP Real Estate Investment Fund - Logistics Germany	Deutsche Logistikimmobilien	98.527	9.999.974,47	12.426.142,54	710.379,67	Aussetzung der Rücknahme möglich (§§ 98, 257 KAGB) Keine Beschränkung nach § 255 KAGB
MEAG German SuperStores	Deutsche Einzelhandelsimmobilien	332.775	35.870.628,94	36.404.246,07	692.925,00	Aussetzung der Rücknahme möglich (§§ 98, 257 KAGB) Keine Beschränkung nach § 255 KAGB
KGAL/HI Wohnen Core 2	Deutsche Wohnimmobilien	195.339	22.821.809,54	29.146.967,90	834.097,53	Aussetzung der Rücknahme möglich (§§ 98, 257 KAGB) Keine Beschränkung nach § 255 KAGB
PK Patrizia GRF II	Deutsche Wohnimmobilien	457.048	45.359.387,00	45.359.387,00	1.457.983,12	Aussetzung der Rücknahme möglich (§§ 98, 257 KAGB) Keine Beschränkung nach § 255 KAGB
			882.177.282,34	891.839.897,39	23.413.464,95	

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

		in Euro
Bestand am 31.10.2024		47.270.648,57
Zugänge		5.695.200,00
Abgänge	./.	21.799.148,57
Bestand am 31.10.2025		31.166.700,00
Zuschreibungen		17.900,00
Abschreibungen	./.	—
Bestand am 31.10.2025		31.184.600,00

Die Zusammensetzung zum Bilanzstichtag sieht wie folgt aus:

	Nominalwert in Euro	Bilanzwert in Euro	Zeitwert in Euro
Industrieobligationen	5.000.000,00	4.849.500,00	5.160.000,00
Andere Inhaberschuldverschreibungen	27.000.000,00	26.335.100,00	25.103.000,00
Gesamtbestand	32.000.000,00	31.184.600,00	30.263.000,00

Stille Lasten bestehen bei drei Inhaberpapieren in Höhe von insgesamt € 1.520.100,00 (Buchwerte € 15.500.200,00). Eine Abschreibung der betreffenden Titel auf den Marktwert wurde nicht vorgenommen, da lediglich von einem zinsinduzierten Marktwertrückgang bei gleichzeitig unveränderter Bonität der Schuldner und einer Rückzahlung bei Endfälligkeit der Anleihen zum Nominalwert ausgegangen wird.

3. Sonstige Ausleihungen

Die Namenspapiere entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

		in Euro
Bestand am 31.10.2024		28.000.000,00
Zugänge		—
Abgänge	./.	—
Bestand am 31.10.2025		28.000.000,00

Die Zusammensetzung zum Bilanzstichtag sieht wie folgt aus:

	Nominalwert in Euro	Bilanzwert in Euro	Zeitwert in Euro
Namenspfandbriefe	10.000.000,00	10.000.000,00	9.041.500,00
Namensschuldverschreibungen	18.000.000,00	18.000.000,00	15.688.600,00
Gesamtbestand	28.000.000,00	28.000.000,00	24.730.100,00

Stille Lasten bestehen bei drei Namenspapieren in Höhe von € 3.491.500,00 (Buchwerte der betreffenden Titel € 15.000.000,00). Eine Abschreibung der betreffenden Titel auf den Marktwert wurde nicht vorgenommen, da lediglich von einem zinsinduzierten Marktwertrückgang bei gleichzeitig unveränderter Bonität der Schuldner und einer Rückzahlung bei Endfälligkeit der Anleihen zum Nominalwert ausgegangen wird.

4. Einlagen bei Kreditinstituten

Die Einlagen bei Kreditinstituten setzen sich zusammen aus dem laufenden Girokonto mit einem Guthaben in Höhe von € 22.742.576,01 sowie Einlagen in Höhe von € 31.300.000,00 auf zwei Festgeldkonten. Insgesamt bestehen zum Bilanzstichtag somit Einlagen bei Kreditinstituten in Höhe von € 54.042.576,01 (gebuchte Beträge). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich dieser Bilanzposten um € 14.639.381,09.

B. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Bei dem Betrag in Höhe von € 3.242,77 (i. Vj. € 3.998,83) handelt es sich um noch nicht weitergeleitete Beiträge aus der HVB Unterstützungskasse für das abgelaufene Geschäftsjahr.

II. Sonstige Forderungen

Die Sonstigen Forderungen der HVB Pensionskasse betragen zum Bilanzstichtag insgesamt € 1.361.205,99 (i. Vj. € 1.552.899,12).

Die Sonstigen Forderungen enthalten noch nicht ausbezahlte Gewinnausschüttungen zweier Kommanditbeteiligungen in Höhe von € 857.440,07, eine noch nicht ausbezahlte Gewinnausschüttung eines Immobilienfonds in Höhe von € 429.745,80, Mietforderungen im Zusammenhang mit der Immobilie Rindermarkt 14 in Höhe von € 56.567,12 sowie die Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung in Höhe von € 17.453,00.

C. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Bei dem Betrag von € 984.807,32 (gebuchte Beträge) handelt es sich um zwei Guthaben bei der UniCredit Bank GmbH, über welche das laufende Geschäft der Pensionskasse sowie die Hausverwaltung der Immobilie Rindermarkt 14 abgewickelt werden.

D. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Diese Position umfasst die noch nicht fälligen Zinsen, die in der Zeit vom 01.11.2024 bis 31.10.2025 erdient wurden und die sich wie folgt zusammensetzen:

	in Euro
Abgegrenzte Zinsen Festgeld	8.110,66
Namenschuldverschreibungen und Darlehen	544.368,50
Inhaberpapiere	372.387,21
Bestand am 31.10.2025	924.866,37

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der unter diesem Posten ausgewiesene Betrag von € 115.342,32 (i. Vj. € 109.370,56) beinhaltet die allgemeine aktive Rechnungsabgrenzung.

Die aktive Rechnungsabgrenzung beinhaltet zum einen vorausbezahlte Grundbesitzabgaben in Höhe von € 776,16 sowie Versicherungskosten und sonstige Kosten für die Immobilien der Pensionskasse in Höhe von € 3.465,37, fällig im Zeitraum vom 01.11. - 31.12.2025, welche bereits vor dem Bilanzstichtag bezahlt wurden. Daneben sind unter diesem Posten vorausbezahlte Renten für den Monat November 2025 mit € 111.100,79 ausgewiesen, welche ebenfalls vor Geschäftsjahresende ausgezahlt wurden.

Erläuterungen zur Bilanz - Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß §193 VAG

	in Euro
Verlustrücklage zum 31.10.2024	34.203.698,66
Unterjährige Zuführungen	—
Einstellung in die Verlustrücklage zum Geschäftsjahresende	797.687,78
Verlustrücklage zum 31.10.2025	35.001.386,44

Der im Geschäftsjahr 2024/2025 entstandene Jahresüberschuss wurde zum Ende des Geschäftsjahres satzungsgemäß in die Verlustrücklage eingestellt. Die Verlustrücklage beträgt zum Bilanzstichtag rund 3,15% der Deckungsrückstellung.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Deckungsrückstellung

Die Pensionskasse ist nach Maßgabe von §18 der Satzung verpflichtet, jährlich eine versicherungsmathematische Prüfung zur Beurteilung der Vermögenslage zu erstellen.

	in Euro
Deckungsrückstellung zum 31.10.2024	1.089.091.941,14
Veränderung im Geschäftsjahr 2024/2025	21.797.512,11
Deckungsrückstellung zum 31.10.2025	1.110.889.453,25

Der Ermittlung der Deckungsrückstellung liegt der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Technische Geschäftsplan zugrunde (siehe auch Allgemeine Angaben). Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung wurde der Barwert der künftigen Zusatzbeiträge der Bank gemäß §5 Nr. 1 AVB für den Grundtarif in Höhe von € 17.679.444,64 berücksichtigt.

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Zum Bilanzstichtag waren € 293.563,41 in die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle eingestellt. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	Bilanzwert am 31.10.2024 in Euro	Veränderung in Euro	Bilanzwert am 31.10.2025 in Euro
Pensionsversicherung	65.004,94	- 42.557,31	22.447,63
Rentenleistungen	112.985,45	- 82.898,00	30.087,45
Sterbegeldversicherung	7.670,00	3.068,00	10.738,00
noch nicht abg. Austrittsvergütung	—	—	—
	185.660,39	- 122.387,31	63.273,08
Spätfolgen			
Pensionsversicherung	73.980,13	29.701,30	103.681,43
Rentenleistungen Rückdeckungsgeschäft	48.586,62	78.022,28	126.608,90
	122.566,75	107.723,58	230.290,33
Gesamt	308.227,14	- 14.663,73	293.563,41

C. Andere Rückstellungen

I. Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen umfassen mit € 4.254.046,62 (i. Vj. € 4.389.239,42) die Rückstellung für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer sowie die Rückstellung für steuerliche Verzugszinsen für die Geschäftsjahre 2020 bis 2025. Aus diesen Rückstellungen wurden während des Berichtsjahres die Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund einer Betriebsprüfung sowie Gewerbesteuer für das Geschäftsjahr 2022/2023 zuzüglich angefallener Verzugszinsen in Höhe von € 135.192,80 geleistet. Zuführungen zu diesen Rückstellungen sind im Berichtsjahr keine erfolgt.

II. Sonstige Rückstellungen

Der Bilanzposten der sonstigen Rückstellungen beträgt zum Bilanzstichtag € 12.500,00 (i. Vj. € 12.500,00) und resultiert aus einer Rechnung in Zusammenhang mit der Immobilie Rindermarkt 14.

D. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Bei dem Betrag von € 43.289,18 (i. Vj. € 22.682,05) handelt es sich um noch nicht bezahlte Rentenleistungen an die bei der HVB Pensionskasse versicherten Mitglieder in Höhe von € 26.254,49 (i. Vj. € 15.538,81) sowie mit einem Betrag von € 17.034,69 (i. Vj. € 7.143,24) um Abrechnungsverbindlichkeiten zwischen der HVB Pensionskasse und der HVB Unterstützungskasse. Diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

II. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen zum Bilanzstichtag insgesamt € 60.580,63 (i. Vj. € 40.338,58). Diese Verbindlichkeiten enthalten € 9.971,00 noch nicht ausbezahlte Sterbegeldzahlungen, € 245,49 Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Immobilie Rindermarkt 14 sowie € 15,63 Kontoführungsgebühren der HVB Unterstützungskasse. Daneben sind unter diesem Posten noch Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von € 50.348,51 gebucht. Diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge

Der unter diesem Posten ausgewiesene Betrag von € 6.435.888,47 (i. Vj. € 6.909.339,24) handelt es sich um Zuwendungen, die im Rahmen des Grundtarifs und des Individualtarifs im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Unterstützungskasse an die Pensionskasse geleistet wurden. Zusätzlich hat das Trägerunternehmen im Juni 2025 einen Zusatzbeitrag in Höhe von € 1.386.000,00 (i. Vj. € 1.500.000,00) geleistet.

Die Zuwendungen des Grund- und des Individualtarifs teilen sich folgendermaßen auf:

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Beiträge im Grundtarif	3.305.745,97	3.464.344,05
Beiträge im Individualtarif	3.130.142,50	3.444.995,19
	6.435.888,47	6.909.339,24

Der Grundtarif, welcher ein altersunabhängiger Tarif ist, wurde in der Pensionskasse bereits während der Zeit der Direktversicherung angeboten. Der zum 01.09.1998 neu eingeführte Individualtarif ist dagegen ein altersabhängiger Tarif.

2. Erträge aus Kapitalanlagen

a) Erträge aus Beteiligungen

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Kommanditbeteiligungen	4.513.988,62	3.834.785,00
	4.513.988,62	3.834.785,00

Von den Erträgen aus Beteiligungen entfallen € 2.177.031,62 (i. Vj. € 1.415.073,85) auf Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen.

b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Mieteinnahmen	1.027.440,70	1.009.329,11
Nebenkosten-Vorauszahlungen	66.320,00	63.310,00
Sonstige Erträge	24.850,65	30.175,79
	1.118.611,35	1.102.814,90

bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Zinsen Festgelder	778.478,70	601.298,21
Namensschuldverschreibungen und Darlehen	917.739,12	919.470,60
Inhaberschuldverschreibungen	1.877.058,53	1.950.056,46
Wertpapiere und Anteile	23.413.464,95	40.741.081,60
Rabattierung Fondsverwaltungsgebühren	80.091,43	66.328,54
	27.066.832,73	44.278.235,41

c) Erträge aus Zuschreibungen

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Wertpapiere und Anteile	872.879,78	3.435.034,21
	872.879,78	3.435.034,21

d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

	01.11.2024 - 31.10.2025	01.11.2023 - 31.10.2024
	in Euro	in Euro
Wertpapiere und Anteile	17.602.135,50	17.629.351,72
	17.602.135,50	17.629.351,72

Im Geschäftsjahr wurden durch den Verkauf von 10% der Anteile an der Kaufinger Tor Grundstücksgesellschaft € 14.625.589,38 stille Reserven gehoben. Daneben resultierten weitere Erträge in Höhe von € 13.783,66 aus den Eigenkapitalrückzahlungen einer Kommanditbeteiligung. Weitere Erträge in Höhe von € 27.695,49 wurden durch den Verkauf von Fondsanteilen an einem Immobilienfonds erlöst. Erträge aus Abgang entstanden bei den festverzinslichen Wertpapieren durch die Fälligkeit einer zu unter-pari erworbenen Staatsanleihe in Höhe von € 60.247,50. Darüber hinaus konnten am Ende des Geschäftsjahres durch den Verkauf von drei Staatsanleihen stille Reserven in Höhe von € 2.874.819,47 realisiert werden.

3. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Unter dieser Position sind in diesem Geschäftsjahr keine Erträge angefallen.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

a) Zahlungen für Versicherungsfälle

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Pensions-/Rentenzahlungen	34.988.321,40	33.009.335,66
Sterbegeldzahlungen	118.713,26	109.370,23
Austrittsvergütungen	86.357,15	31.731,69
	35.193.391,81	33.150.437,58

Von den in der obigen Tabelle aufgeführten Pensions-/Rentenzahlungen entfallen € 13.731.023,21 (i. Vj. € 12.164.300,38) auf Ansprüche aus der HVB Unterstützungskasse, davon € 7.583.240,79 (i. Vj. € 6.830.486,63) auf den Grundtarif und weitere € 6.147.782,42 (i. Vj. € 5.333.813,75) auf den Individualtarif.

b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Veränderungen stellen sich wie folgt dar:

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Pensionsversicherung	- 42.557,31	- 6.643,85
Rentenleistungen Rückdeckungsgeschäft	- 82.898,00	16.659,11
Sterbegeldversicherung	3.068,00	- 4.602,00
Rückstellung für Austrittsvergütungen	—	—
	- 122.387,31	5.413,26
Spätfolgen		
Pensionsversicherung	29.701,30	- 11.917,59
Rentenleistungen Rückdeckungsgeschäft	78.022,28	- 81.060,48
	107.723,58	- 92.978,07
	- 14.663,73	- 87.564,81

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

a) Deckungsrückstellung

Der Deckungsrückstellung waren im abgelaufenen Geschäftsjahr laut versicherungsmathematischem Gutachten des Aktuars vom 23.01.2026 Mittel in Höhe von insgesamt € 21.797.512,11 zuzuführen (i. Vj. € 34.545.576,92). Damit wurde die Deckungsrückstellung auf den vom Aktuar zum 31.10.2025 ermittelte Wert von € 1.110.889.453,25 (i. Vj. € 1.089.091.941,14) aufgefüllt.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht aufgefüllt, so dass auf dieser Position wie im Vorjahr keine Aufwendungen entstanden sind.

7. Aufwendungen für Kapitalanlagen

a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Bewirtschaftungskosten der Immobilien	59.132,25	70.848,65
diverse Aufwendungen	6.749,72	98.577,00
	65.881,97	169.425,65

Die diversen Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten weit überwiegend die Kosten für eine im Berichtsjahr durchgeführte ALM-Studie sowie zu einem kleineren Teil Rechtsberatungskosten.

b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

	01.11.2024 - 31.10.2025 in Euro	01.11.2023 - 31.10.2024 in Euro
Immobilien	130.795,00	130.795,00
Wertpapiere und Anteile	1.119.207,49	4.900.870,26
	1.250.002,49	5.031.665,26

Bei dem Abschreibungsbedarf auf Gebäude handelt es sich um planmäßige Abschreibungen. Bei den Wertpapieren und Anteilen mussten außerplanmäßige Abschreibungen nach §253 Abs. 3 und 4 HGB vorgenommen werden.

c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen waren wie im vorangegangenen Geschäftsjahr keine zu verzeichnen.

8. Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis der Pensionskasse weist im Geschäftsjahr 2024/2025 einen Überschuss in Höhe von € 704.211,80 (i. Vj. € 5.880.019,88) aus.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge betragen im Berichtsjahr insgesamt € 245.187,43 (i. Vj. € 69.017,16) und resultieren weit überwiegend aus Steuerrückerstattungen für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer durch die Finanzbehörden.

2. Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen in Höhe von € 60.322,29 (i. Vj. € 57.772,40) setzen sich größtenteils zusammen aus Nachzahlungen von Rentenleistungen an das Trägerunternehmen UniCredit Bank GmbH sowie an die HVB Unterstützungskasse für vorangegangene Geschäftsjahre in Höhe von € 48.574,92 (i. Vj. € 40.615,54).

3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt € 889.076,94 (i. Vj. € 5.891.264,64).

4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unter dieser Position ist die auf die Ausschüttungen der Kommanditbeteiligungen entfallende Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von insgesamt € 91.389,16 (i. Vj. € 134.422,85) aufgeführt.

5. Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss beträgt € 797.687,78 (i. Vj. € 5.756.841,79) und wird vollständig in die Verlustrücklage eingestellt.

6. Einstellung in die Verlustrücklage

Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von € 797.687,78 wurde vollständig in die Verlustrücklage nach §193 VAG eingestellt (i. Vj. € 5.756.841,79).

7. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn der HVB Pensionskasse beträgt € 0,00 (i. Vj. € 0,00).

Sonstige Angaben

Zu den gemäß §285 Nr. 7 HGB zu machenden Angaben erklären wir Folgendes:

Die Pensionskasse als solche beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Die mit dem Geschäftsbetrieb der Pensionskasse verbundenen Funktionen werden durch Mitarbeiter des Trägerunternehmens UniCredit Bank GmbH (ehemals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) wahrgenommen, welches satzungsgemäß auch die damit verbundenen Personal- und Sachkosten trägt.

Zu den gemäß §285 Nr. 9 a, b, c HGB zu machenden Angaben erklären wir Folgendes:

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats beziehen für ihre Tätigkeiten von der Kasse keine Vergütungen. Auch frühere Mitglieder dieser Organe und deren Hinterbliebene bezogen für ihre Tätigkeit keinerlei Vergütung. Vorschüsse und Kredite an die Mitglieder dieser Organe hat die Pensionskasse nicht gewährt.

Zu den gemäß §285 Nr. 21 HGB zu machenden Angaben erklären wir Folgendes:

Geschäfte mit nahestehenden Personen lagen nicht vor. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen sind nur zu marktüblichen Konditionen zustande gekommen.

Zu den gemäß §285 Nr. 33 HGB zu machenden Angaben erklären wir Folgendes:

Ereignisse, die für die Entwicklung der Pensionskasse von besonderer Bedeutung wären und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, sind nach Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

München, den 11. März 2026

Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG

DER VORSTAND



Jochen Löhr
Vorsitzender



Brigitte Schielke
stellvertretende Vorsitzende



Oliver Postler

Organe

Aufsichtsrat

Dr. Lars Jungemann, Aufsichtsratsvorsitzender, Leiter Trade Unions, Social Dialogue & Labor Law der UniCredit Bank GmbH, München

Dr. Stephan Fackler, Leiter Corporate Affairs & Regulatory Law der UniCredit Bank GmbH, München

Nicolay Iliev, Leiter Credit Risk Control der UniCredit Bank GmbH, München

Stephan Hofmeister, Betriebsrat

Matthias Queisser, Betriebsrat

Andrea Winkler, Betriebsrätin

Vorstand

Jochen Löhr, Vorstandsvorsitzender Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG,
Vorstandsvorsitzender HVB Unterstützungskasse der HypoVereinsbank e.V., Vorstand HVB Trust
Pensionsfonds AG

Brigitte Schielke, stellv. Vorsitzende Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG, Vorstand HVB Trust
e.V. / HVB Trust Pensionsfonds AG

Oliver Postler, Vorstand Kapitalanlagemanagement Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG,
Vorstand HVB Trust e.V. / HVB Trust Pensionsfonds AG

Kassenämter

Treuhänder

Dr. Bernd Mossgraber, Treuhänder

Mirko Buchwald, Stellvertreter des Treuhänders (bis 30.06.2025)

Prof. Dr. Gerd Merke, Stellvertreter des Treuhänders (ab 01.07.2025)

Verantwortlicher Aktuar

Dr. Rainer Goldbach, Aktuar (DAV), Diplom-Mathematiker

Wirtschaftsprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München

2 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:



Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG, München

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG, München, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Oktober 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. November 2024 bis zum 31. Oktober 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. November 2024 bis zum 31. Oktober 2025 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften bei der Bildung unseres Prüfungsurteils zum Lagebericht nicht berücksichtigt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der VVaG zum 31. Oktober 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. November 2024 bis zum 31. Oktober 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VVaG. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der VVaG unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden Bestandteile des Lageberichts:

- die im Lagebericht enthaltenen und als nicht vom Prüfungsurteil umfasst gekennzeichneten Angaben.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir in diesem Bestätigungsvermerk weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den vom Prüfungsurteil umfassten Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VVaG vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der VVaG zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VVaG vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der VVaG zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VVaG vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der VVaG bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der VVaG zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die VVaG ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VVaG vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der VVaG.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 12. März 2026

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Pfeiffer
Wirtschaftsprüfer

gez. Wolf
Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich laufend über die Lage und Entwicklung der Geschäfte der Pensionskasse durch den Vorstand unterrichten lassen. Aufgrund dieser Berichterstattung konnte er sich stets von der ordnungsmäßigen Geschäftsführung überzeugen.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 1.11.2024 – 31.10.2025 aufgestellte Lagebericht und Jahresabschluss, umfassend

die Bilanz zum 31. Oktober 2025 sowie
die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. November 2024 bis 31. Oktober 2025
und die dazu im Anhang gemachten Angaben,

ist durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Nach dem von ihr erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht Gesetz und Satzung. Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung keine Einwendungen. Er stimmt den Prüfungsergebnissen zu, schließt sich dem Lagebericht des Vorstands an und billigt den aufgestellten Jahresabschluss.

München, 24. März 2026

Pensionskasse der HypoVereinsbank VVaG

DER AUFSICHTSRAT



Dr. Lars Jungemann
Vorsitzender



Dr. Stephan Fackler



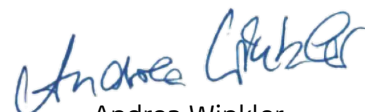
Nikolay Iliev



Stephan Hofmeister



Matthias Queisser



Andrea Winkler